

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Bogensackstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60**. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4062 a, 6. Nachtrag

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile über deren Raum 15 Pf., für Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 2 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 8.

Donnerstag, den 10. Januar 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die deutschen Finanzen.

Das Jahr 1901 trifft unser mit vollen Segeln in die Wasser der „Weltpolitik“ eingelenktes deutsches Reich finanziell in der schlimmsten Verfassung. Der Staatssekretär des Reichsschatzamt, der sonst mit lächelnder Miene erklärte, er wisse nicht, wohin mit den Ueberschüssen, ruft plötzlich mit umdünsteter Stirne nach neuen Steuern, weil die Reichseinnahmen weit hinter dem Voranschlag zurückgeblieben sind. Dabei werden im Jahre 1901 an den deutschen Steuerzahler neue schwere Anforderungen herantreten. Die Bülow'sche „Weltpolitik“ kostet desto mehr Geld, je geringer ihre Erfolge sind; und in einer Zeit, da neue enorme Belastungen in Aussicht stehen, während unser Wirtschaftsleben, wie wir an dieser Stelle genugsam gezeigt haben, reißend zurückgeht, ist es von Interesse, einen Blick über die finanzpolitische Lage Deutschlands zu werfen, soweit die Statistiken ein abschließendes Urtheil ermöglichen.

Im Reich haben bisher die hohen Ueberschüsse aus den indirekten Steuern es möglich gemacht, durch die Anforderungen des Militarismus und Marinismus entstandene „vorübergehende Ausgaben“ in höherem Maße als früher aus laufenden Mitteln zu decken. Nun, da die Ueberschüsse sich plötzlich in Fehlbeträge verwandeln, werden ihnen auf dem Fuße neue Steuern für alle neuen Bedürfnisse nachfolgen.

An den erhöhten Bedürfnissen haben theil im Zeichen der Weltpolitik nicht nur Militarismus und Marinismus sondern auch die abenteuernde Kolonialpolitik. Die „deutschen Schutzgebiete“ werden uns in Zukunft Summen kosten, gegen welche die bisherigen Opfer nur ein Kinderspiel gewesen sind. In Ost- und Südwestafrika hat man jetzt mit dem Bau kostspieliger Eisenbahnen begonnen, die mit jedem Jahre ihres Betriebes Summen zur Deckung des sicheren Defizits fordern werden.

Doch auch im Innern liegen die Verhältnisse nicht besonders rosig. Wie im Reiche so ist auch in Preußen die Zeit der Ueberschüsse vorüber, aus denen man die Mehrbedürfnisse decken konnte. Der Betrag des Extraordinariums ist von 73 Millionen im Jahre 1896 auf 166 Millionen im Jahre 1900 gestiegen, darunter allein die Ausgaben für Eisenbahnen von 37 auf 87 Millionen. — Ähnlich liegen die Verhältnisse in den großen und kleinen deutschen Einzelstaaten. Ueberall bedeutend gestiegene Bedürfnisse. Der großartige Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft in den letzten Jahren hat freilich auch überall auf die Einnahmen gewirkt. So sind seit 1896 in Preußen die Einkommensteuern um 15,3 pCt., in Sachsen um 14,8 pCt. gestiegen. Daneben sind in der Periode der Prosperität auch die Gewerbesteuern, die Verkehrssteuern, die Zölle und Verbrauchssteuern gestiegen. Die privatwirtschaftlichen Unternehmungen der Staaten, die Eisenbahnen, die Post- und Telegraphenverwaltung, die Berg- und Hüttenwerke, die Forstverwaltungen haben steigende Erträge geliefert. Das Alles aber steht auf denselben schwachen Füßen wie die ganze kapitalistische Aufschwungsperiode überhaupt. Mit dem Moment der wirtschaftlichen Verschlechterung weichen auch alle diese Einnahmen und stehen nicht mehr in Einklang mit den gewachsenen Ausgaben.

Um klar zu erkennen, wie schlecht die Lage des Reichs und der Staaten ist, muß man ihre Schuldenlast in Betracht ziehen. Die Staaten werden fast erdrückt von derselben. Sie treten in das Jahr 1901 mit folgender Schuldenlast ein:

Staaten	Schulden 1900/01	Kopf der Bevölkerung
Deutsches Reich	2 388 Millionen Mk.	—
Preußen	6 591	38,9 Mk.
Bayern	1 456	91,7
Sachsen	829	82,5
Württemberg	480	53,5
Baden	373	38,9
Hessen	267	49,9
Braunschweig	56	61,4
Mecklenburg-Schwerin	111	106
Herzogthum Oldenburg	55	79,2
n. i. w.		

Insgesamt sind das Deutsche Reich und die deutschen Einzelstaaten am Ende des Jahres 1900 — die Eisenbahnschulden mitgerechnet — mit 12 Milliarden 880 Millionen 432,000 Mark Schulden belastet gewesen.

Diese Schulden müssen, um ihr Anwachsen ins Riesenhafte zu verhindern, alljährlich um einen Theil getilgt werden; dann aber muß auch die Gesamtschuldsumme verzinzt werden. Diese laufenden Opfer der Staaten stellten sich am Ende des Jahres 1900 — soweit uns die Zahlen bekannt sind — auf

Staaten	Schuld. Verzinsung	Schuld. Tilgung
Deutsches Reich	229,9 Mil. Mk.	39 Mil. Mk.
Preußen	45,6	3,4
Bayern	26,7	8,5
Sachsen	17,4	2,7
Württemberg	12,6	5,9
Baden	1,9	0,3
Oldenburg	0,9	0,5
n. i. w.		

Die Gesamtsumme der Verzinsung und Tilgung der deutschen Reichs- und Staatsschulden, die 1900 aufgebracht wurde, betrug 567 Millionen 656,000 Mk.!

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die Einzelstaaten und das Reich mit einer solchen Last von Verpflichtungen aus der letzten Jahresreihe beladen sind, daß sie unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen in die jetzige Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs eintreten.

Und gerade das, was das riesenhafte Anwachsen der Reichsschuld verursacht hat: Militarismus und Marinismus, wird auch jetzt die Finanzlage von neuem verschlechtern. Der chinesische Krieg, die Ausdehnung der Kolonialpolitik der herrschenden Klasse, wird sowohl die Ausdehnung der Landmacht als auch der Seemacht zur Folge haben. Dabei muß hervorgehoben werden, daß schon heute das Reich fast die Gesamtsumme seiner Einnahmen für die unproduktiven Zwecke des Kriegs und der militärischen Rüstungen verwendet, während die Einzelstaaten ungefähr 90 Prozent ihrer Einnahmen für Verwaltung, kulturelle und wirtschaftliche Zwecke verwenden. Gestiegene Militär- und Marine-Ausgaben bei stöckenden Einnahmen bedingen erhöhte Reichssteuern. Diese aber drücken heute schon auf das Lebensniveau der Bevölkerung. Es betragen die Reichseinnahmen an:

	1900/01	Belastung pro Kopf
Böllen	499,7 Mil. Mk.	8,86 Mk.
Zabaksteuer	12,8	0,28
Zuckersteuer	107,9	1,91
Salzsteuer	48,4	0,86
Malzsteuer, und Brauwasser-Materialsteuer	23,9	0,42
Brauwasser-Verbrauchssteuer	124,6	2,21
Brausteuer	35,4	0,81
n. i. w.		

Die Belastung pro Kopf der Bevölkerung beträgt gegenwärtig **16,47 Mk.** In Wirklichkeit drückt sie auf den Steuerzahler stärker, da der arbeitende Familienvater die verbrauchten Lebensmittel bezahlen muß und nicht das Kind. Somit kommen wir dazu, daß der Vater einer fünfköpfigen Familie heute über 80 Mark jährlich allein für das Reich aufzubringen hat.

Diese ganze Bevölkerung aber wird durch den wirtschaftlichen Rückgang auf das Schwerste betroffen, weil sie direkt oder indirekt von der Industrie lebt. In Preußen ernähren sich weniger Leute, (361 von Tausend) von der Land- und Forstwirtschaft und den zugehörigen Gewerben als in Württemberg (451 von Tausend) und Bayern (458 von Tausend), im Königreich Sachsen hingegen am wenigsten (151 von Tausend), denn hier lebt bereits über die Hälfte der Bevölkerung (580 von Tausend) von der Industrie. Die gewerbliche Thätigkeit ist in Preußen (387 von Tausend) größer als in Württemberg (350 von Tausend), in Bayern am geringsten (310 von Tausend). In Handel und Verkehr steht Sachsen ebenfalls obenan (140 von Tausend), darauf folgt Preußen (114 von Tausend), dann Bayern (98 von Tausend) und endlich Württemberg (80 von Tausend).

Der wirtschaftliche Niedergang, der diese Bevölkerung trifft, läßt sie auch den Steuerdruck schwerer fühlen und macht sie unfähig, noch höhere Lasten auf ihre Schultern zu nehmen.

So ist die finanzielle Lage des deutschen Reiches die denkbar schlechteste. Wie lange wird es fähig sein, eine „Weltpolitik der Abenteuer“ zu treiben, die selbst so reiche Länder wie England an den Rand des Abgrunds gebracht hat?

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 8. Januar 1901.

Der Reichstag trat heute zu seiner ersten Sitzung nach den Ferien zusammen. Nur ein kleines Häuflein Betreuer sah den Präsidenten Graf Ballestrem um sich, dem der Tod des Großherzogs von Weimar und das Schiffungsglück an der Küste von Malaga Anlaß zu einer kurzen Rede gaben, die an höfischen Floresten reicher war, als man sonst bei dem schlesischen Grafen gewohnt ist; möglich, daß er durch den Exzellenztitel sich Verpflichtungen auferlegt fühlt. Das Andenken des verstorbenen Abg. Mottly (Pole), dessen der Präsident in sehr warmer Weise gedachte, wurde von dem Hause in der gewohnten Weise geehrt.

Der Reichstag wandte sich alsdann der ersten Beratung der Gesetze über das Verlags- und das Urheberrecht zu. Die Abgg. Spahn (C.) und Dr. Esche (N.), beide Juristen, übten an Einzelheiten der Vorlage eine recht zahme Kritik. Ganz anders gingen Genosse Diez mit denselben ins Gericht. Prächtig verhöhnte er die banausische Auffassung, die da meint, den Handel mit geistigen Erzeugnissen gleich dem Handel mit Schweizerkäse regeln zu können; energisch trat er gegen Bestimmungen auf, die wie die Einsetzung des Fiskus zum Erben eines ohne Testament und Verwandte verstorbenen Verlegers und die dem Verleger eingeräumte Befugniß, das Verlagsrecht der bei ihm erschienenen Werke beliebig veräußern zu können, geeignet sind, die Schriftsteller zu schädigen. Große Heiterkeit erregte es, als Diez an Herrn Stöcker die Frage richtete, was er dazu sagen würde, wenn etwa Sternberg den Verlag seiner Missionspredigten kaufen würde? — Nach Diez sprachen noch Dr. Arendt, der ein wenig Sozialistendöberei trieb, und der Schwabe Hansmann-Böblingen, dessen Ausführungen fast unverständlich blieben. — Dann wurde Vertagung beschlossen.

Morgen soll mit der zweiten Lesung des Etats und zwar mit dem Etat des Reichstags und dem des Reichsfanzlers begonnen werden.

20. Sitzung, Mittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Nieberding.

Präsident Graf Ballestrem begrüßt die Abgeordneten zum Beginn des neuen Jahres und spricht den Wunsch aus, daß dieselben für die gemeinsame Arbeit im Dienste des Vaterlandes ein recht segnetes Jahr möge.

Sodann theilt der Präsident dem Hause das Ableben des Großherzogs von Sachsen-Weimar-Eisenach und des Abg. Amtsgerichtsrath Mottly (P.) mit. Zu Ehren der Verstorbenen erheben sich die Abgeordneten von ihren Plätzen. — Am Anlaß des schweren Verlustes, den Kaiser und Reich durch den Untergang des Schiffs „Grafenau“ erlitten hat, ist dem Staatssekretär v. Tirpitz im Namen des Reichstags ein Beileidstelegramm zugewendet worden. Der Staatssekretär hat dem Hause dafür seinen tiefgefühlten Dank angedeutet.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzes betr. das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst, sowie des Gesetzes über das Verlagsrecht.

Dr. Spahn (Z.) (Auf der Tribüne sehr schwer verständlich). Die rechtsrechtliche Regelung des Urheberrechts ist eine dringende Nothwendigkeit. Dem Entwurf haften natürlich noch viele Mängel an, deren Beseitigung Aufgabe der Kommission sein wird. Besserungsbedürftig sind besonders die Bestimmungen über die Uebersetzung des Urheberrechts und über den Nachdruck. Ich beantrage, den Entwurf einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Dr. Esche (N.): Wünschenswerth wäre es, wenn uns zugleich mit diesem Gesetz ein Gesetz zur Schutze der Photographien vorgelegt wäre. Der Entwurf über das Urheberrecht stellt einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem bestehenden Recht dar. Nebenher äußert eine Reihe Bedenken gegenüber einzelnen Bestimmungen des Gesetzes, die aber im Zusammenhang auf der Tribüne nicht verständlich sind.

Diez (C.): Ueber das Urheberrecht wird besser in der Kommission verhandelt werden. Das Verlagsrecht aber muß hier besprochen werden. Hier tritt der Gegensatz zwischen Verleger und Urheber scharf in die Erscheinung. Der Entwurf stellt den Handel mit literarischen Erzeugnissen auf eine Stufe mit dem Handel mit irgend einer Waare, etwa mit Schweizerkäse. Ich möchte doch die Mitglieder auf eine höhere Stufe stellen. Volkommen ablehnen müssen wir die Bestimmung, daß der Fiskus, wenn der Verleger keine Erben hat, in dessen Rechte eintritt. Was sollte denn der Fiskus z. B. anfangen, wenn er Erbe eines sozialdemokratischen Verlegers werden würde? (Heiterkeit) Zu begrüßen ist § 18, der den Wiederabdruck von Zeitungsartikeln betrifft und den Abdruck von Ausarbeitungen wissenschaftlichen, technischen oder unterhaltenen Inhalts verbietet. Es giebt eine ganze Reihe von Zeitschriften, die gewohnheitsmäßig ohne irgend ein Honorar zu zahlen, mit der Schere ihr Blatt herstellen, die von den Annoncen abgehen, den ganzen Inhalt auf das Schamloste feilen. Und es giebt große

Blätter, die das thun. Die Dauer des Urheberrechts soll am
zehn Jahre, also von 30 auf 40 Jahre verlängert werden.
Mit der bisherigen Bestimmung sind wir ganz gut
ausgekommen; es wäre viel moderner, wenn die
30 Jahre etwa auf 20 herabgesetzt würden. — Dieser stand
nach der Berner Konvention Jedem das Recht der Uebersetzung eines
Werkes zu, wenn innerhalb 10 Jahren keine autorisierte Ueber-
setzung des Werkes erschienen war. Daran sollten wir festhalten;
jedoch hätte das Gegentheil im Gesetz ausdrücklich ausgesprochen
werden müssen. Das ganze Verlagsrecht ist vollständig überflüssig,
weil die Urheber das, was sie wollen, erreichen können auf dem
Wege der Organisation. Die Schriftstellerorganisationen sind außer-
ordentlich schwach, die Verleger sind dagegen großartig organisiert.
Den großen Firmen sind die Urheber vollständig preisgegeben.
Vielleicht trägt dieser Entwurf dazu bei, daß endlich unsere Jour-
nalisten daran denken, daß sie Standesinteressen haben. Jetzt haben
wir vielleicht 60 oder 70 Autoren in Deutschland, die im Stande
sind, dem Verleger den Vertrag zu diktieren. Die 7000 anderen
Autoren haben gar kein Recht und müssen zufrieden sein mit dem,
was der Verleger ihnen bietet. Die Rechte des Verlegers sollen nach § 28
übertragbar sein. Das ist ungerecht gegen die Urheber. Was würde
Herr Sieder dazu sagen, wenn etwa Herr Sternberg Verleger
werden und den Verlag kaufen würde, der die Missionsschriften des
Herrn Sieder vertritt. Herr Sieder würde doch lieber seine
Missionsschriften verbrennen, als sie in den Verlag des Herrn Stern-
berg geben. (Geisterzeit). Der Preis eines Buches soll vertraglich
festgelegt werden und eine Veränderung nur unter Zustimmung beider
Theile zulässig sein. Das ist nur gerecht! Der Verleger darf nicht
das Recht haben, ein Buch schließlich zu verschleudern. Daß die
Honorarfrage endlich geregelt werde, ist gewiß wünschenswert.
Es giebt aber viele Fälle, wo überhaupt kein Honorar gezahlt wird
und wo der Schriftsteller sogar die Druckkosten bezahlen muß. Die
Schuld trifft hier das Publikum, es sollte sich schämen, daß es so
faul im Kauf von Büchern ist. Die beiden Gesetzentwürfe sollen
Urheber und Verleger schützen und Ordnung in das Gewerbe hinein-
bringen. Viel wichtiger wäre uns aber die Beseitigung des ambu-
lanten Gerichtsstandes für die Presse. Die jetzigen Zustände sind
geradezu mittelalterlich. Von den Rechtsakten, die unter Anführung
der Majestätsbeleidigung liegen, haben viele eine solche gar nicht be-
gangen. Der Gehalt der Majestätsbeleidigung ist oft erst von
außen hineingetragen worden. Wo steht übrigens geschrieben, daß
die Polizei ein Freizempler von jedem Werke bekommen muß?
Wenn sie durchaus herumzuschaffen will, ob der betreffende
Verleger sich vielleicht einer Majestätsbeleidigung schuldig
gemacht hat, so mag sie sich selber eins kaufen.
Wie beengt ist für den Verleger die Bestimmung der Gewerbe-
ordnung, bei jedem Lieferungsvertrag die Gesamtanzahl der Lieferungen
und den Gesamtpreis schon bei der ersten Lieferung angeben zu
müssen. Gestrichelt ist eine sehr angenehme Firma, die ein von
zwei Geheimräthen herausgegebenes Werk über das Invaliden-
versicherungsgesetz verlegt, durch diese Bestimmung schwer geschädigt
worden. Aus den von den Verfassern angegebenen 12 Lieferungen
sind schließlich 18 geworden, und der Verleger hatte bei jedem
Exemplar 6 Mk. Schaden. Das sind Verhältnisse, die einer Kultur-
nation unwürdig sind. Mit der einen Hand giebt man hier, um
mit der anderen zu züchtigen. Die Kommission wird gerade die
von uns angeregten Punkte in die Vorlage hineinarbeiten müssen.
Ist sie das nicht, dann ist wirklich nicht viel Grund vorhanden,
den jetzigen Zustand zu ändern. (Bravo! bei den Sozialdemo-
kraten.)

Dr. Arendt (Ab.): Die Behauptung des Herrn Vorredners,
daß das, was das Gehirn bietet ganz anders zu beurteilen sei,
als Ergänzungen der Handarbeit, halte ich für sehr richtig. Nur
glaube ich nicht, daß sie dem sozialdemokratischen Standpunkt ent-
spricht. — Auf die Einzelheiten des Gesetzes will ich hier nicht
eingehen, das kann in der Kommission geschehen. Ich schließe
mich dem Antrage auf Einsetzung einer Kommission von 21 Mit-
gliedern an.

H a u s m a n n - Böblingen (Abd. Volksp.): Besonders jämmerlich
bei der Regelung des Urheberrechts wird die Frage der sog. Neu-
schöpfungen sein. Die genaue Unterscheidung dessen, was als
literarischer Diebstahl verboten sein soll und was erlaubt ist, weil
es selbständige Jagdbeizungen des Bearbeiters enthält, wird un-
möglich sein. Hier wird von Fall zu Fall unterzusehen werden
müssen und die Bildung von Sachverständigenkommissionen wird un-
erlässlich sein. Die Verlängerung der Schutzfrist von 30 auf 40
Jahre halte ich in meiner rätheligen Zeit für nicht angebracht.
Eine der viel umstrittensten Fragen ist die des Schutzes von Werken
der Kunst gegen Verbreitung auf mechanischen Musikinstrumenten.
Diesen Schutz verlangen die Tonkünstler. Das Gesetz will ihn
nicht gewähren. Aus Gründen der Logik bin ich für diesen Schutz,
namentlich darf derselbe aber nicht so weit gehen, daß jeder Drehorgel-
spieler für die Verbreitung eines beliebigen Musikwerkes verantwortlich ist.
Das Verlagsrecht hielt Herr Diez für überflüssig und verwies die
Schriftsteller auf die Selbsthilfe. Man hat das von ihm als
Sozialdemokraten gewundert. Ein solcher Normalvertrag, wie er
hier festgelegt wird, ist doch durchaus wünschenswert. Das Ent-
scheidende war nicht sein: was ist endlich und lokal. Beiden Thei-
len muß gleiche Gerechtigkeit gewährt werden. Gegen die Bestim-
mung, daß der Verlag übertragen werden kann, protestieren die
Schriftsteller auf das Lebhafteste. Sie wollen nicht veräußert sein.
Das Recht der Uebersetzung muß für beide Theile ausgeschlossen
sein, dadurch wird auch der Autor gezwungen, sich mehr als bisher
darüber Rechenschaft zu geben, wenn er den Vertrieb seiner
Bücher überläßt. — Nach § 17 des Urheberrechts wird
die Rückgabe unserer Reden im Reichstag nur dann als Nach-
druck angesehen, wenn wir den Gehalt haben, unsere Reden ge-
samelt zu veröffentlichen. Dadurch wird natürlich anerkannt, daß
unsere Reden hier ein durchaus berechtigtes Charakter haben.
Es ist mir nur nicht recht klar, ob diese amtliche Feststellung zur
Gehörg der Fremdenverleumdung und der Freganz hier im Hause
besonders beitragen wird. (Geisterzeit)

Darauf wird ein Antrag angenommen.
Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen
Berathung. 2. Sitzung des Staats-Reichstages, Reichstages,
Reichstages des Hauses mit Ausschluss des Extraordi-
nären)

Vollständige Rundschau

Die preussische Landtagssession wurde Dienstag durch
den Grafen Balow mit der üblichen „Aproude“ er-
öffnet; seit Ablehnung der Kanalvorlage eröffnet der
König von Preußen den Landtag nicht mehr in Person.
Die Aproude, die über das übliche Maß der Worte
nicht hinausgeht, erstreckt sich lediglich in ihrem auf die Kanal-
vorlage bezüglichen Theile auf allgemeines Interesse, ist aber
auch hier außerordentlich nüchtern und geschäftsmäßig.
Man erzählt, daß die Vorlage „alsbald“ kommen soll
und zwar in der vorgezeichneten, seit Monaten so viel-
besprochenen Erweiterung, abgesehen von dem wünschenswerten
Schmalzstand, für den die Vorarbeiten hinsichtlich der
ausführlichen wirtschaftlichen Bedenken sich noch nicht
weit genug haben fördern lassen. Von der früheren
Nachschubenden Haltung ist nicht mehr zu sprechen, da
heute zu sehen, daß die Vorlage entsprechend dem
Wortlaut des Landtags erwünscht sei und in dieser Er-

weiterung hoffentlich werde angenommen werden. Von
dem sonstigen Inhalt der Thronrede ist nur der Hinweis
auf den guten Stand der Staatsfinanzen, der eine über-
aus reiche Dotierung des Extraordinariums ermöglicht hat,
und auf die bevorstehende Zweihundertjahrfeier des
preussischen Königthums zu erwähnen. Was die kommende
Session anbelangt, so bestätigt die Thronrede die An-
nahme, daß sie zwei Brennpunkte haben wird, die Staats-
berathung und die Kanalvorlage. Was dem Landtag
sonst noch vorgelegt werden soll, ist von ziemlich unter-
geordnetem Interesse.

Ein todtgeborenes Kind. Zur Begründung einer
deutschen Sektion der „Internationalen Vereinigung für
gesetzlichen Arbeiterschutz“ unter dem Namen einer
„Deutschen Gesellschaft für soziale Re-
form“ traten am Sonnabend Abend etwa 200 Männer
und Frauen aus allen Schichten der Bevölkerung im
kleinen Saale des Architektenhauses in Berlin unter
dem Vorsitz des früheren Handelsministers von Ber-
lepsch zusammen. In der Versammlung bemerkte man
unter Anderem die Reichstagsabgeordneten Dr. Koesike-
Berlin, Abg. Basser mann und Professor Hipe-
Münster, die Professoren Schmöller-Berlin und
Brentano-München, Vertreter der Hirsch-Dunderischen
Gewerksvereine, der Evangelischen Arbeitervereine und der
katholischen christlichen Gewerkschaften, so den ultramon-
tanen Arbeitersekretär Giesberts-M.-Glöckner und
Bergmann Brust-Altenessen, weiter die Nationalsozialen
von Gerlach und Tischendörfer. Von den
Professoren Kalle-Wiesbaden, Wagner-Berlin,
Dr. Böhmert-Dresden, den Abgeordneten Dr. Die-
her-Camburg und Müller-Dortmund sowie von
Pfarrer Ranmann-Berlin, Landes-Deconomierath
Nobbe u. A. lagen Zustimmungserklärungen vor. Also
Angehörige aller Parteien mit Ausnahme der der Sozial-
demokratie. Herr v. Berlepsch kennzeichnete in seiner Er-
öffnungsrede die Gründung recht scharf durch die Bemerkung,
daß man sich nicht auf ein bestimmtes
soziales Glaubensbekenntnis festlegen
wolle; aber praktisch arbeiten wolle man. Das prak-
tische Arbeiten der Tausende und Abertausende, die sich
nach Herrn von Berlepsch dem Verein anschließen sollen,
erläuterte dann Professor Somdard-Breslau bei Be-
sprechung des von ihm entworfenen Statuts näher, indem
er ausführte, daß die Generalversammlungen
des Vereins keine bindenden Reso-
lutionen fassen dürften, da man sich nicht
der Möglichkeit zufälliger, von lokalen
Verhältnissen beeinflusster Majoritäten
aussetzen wolle. Es könnten einmal an dem Ort
einer Generalversammlung eine größere Anzahl christlicher
Arbeiter in dem von ihren unklaren Führern gewählten
dummen Wahne, diese Dilettanten des goldpapierenen
sozialpolitischen Theatersports möchten ihnen wirklich zur
Verbesserung ihrer Lebenslage, zur Stärkung ihrer Position
im Kampf gegen das Unternehmertum behilflich sein,
einen Beschluß durchdrücken, daß die ganze zusammen-
gekauften Gesellschaft mit gestraubtem Haar wieder aus-
einander liege; in Sorge um den Profit, in Sorge um
ihren Ruf politischer „Unbedenklichkeit“, in Sorge um die
„Weltmachtstellung“, in Sorge darum, daß es — Ernst
werden könne mit dem Arbeiterschutz. Nach dem Statut,
daß im übrigen ziemlich belanglos ist, sollen über die
Zwecke des Vereins Vorträge und Kurse gehalten, Flug-
blätter und Broschüren vertheilt und Petitionen an Regie-
rungen, gesetzgebende Körperschaften u. gemacht werden.
Darüber, was geschieht, wenn die Regierungen, gesetz-
gebenden Körperschaften u. die Petitionen der Gesellschaft
in der Papierkorb werfen oder als schätzbare „Material“
in die Archive packen, macht man sich keine Sorge; dar-
auf kommt es ja auch in der That nicht an — die
Hauptfrage ist, daß „alle Stände und Richtungen“ vereinigt
sind.

Die Unerträglichkeit des Duellzwanges im Offi-
zierkorps wird in der ultramontanen „Germania“
an einem typischen Beispiel schlagend nachgewiesen. Im
Offizierkorps des deutschen Heeres besteht noch immer der
Duellzwang, es wird sogar von den Reserve-
offizier-Aspiranten, bevor sie zur Wahl gelang-
en, hier und da eine Erklärung darüber verlangt,
wie sie sich zum Duell stellen, und wenn sie als Christen
wie als Staatsbürger erklären, daß sie pflichtgemäß das
Duell prinzipiell verwerfen müßten, so werden sie dafür
durch eine Nachwahl seitens des betreffenden Offizierkorps
bestraft. Ein solcher Fall ist jüngst wieder in Köln vor-
gekommen. Drei Söhne hochachtbarer Familien, deren
persönliche und private Verhältnisse nach der „Germania“
auch nicht den geringsten Anlaß darbieten, ihre Aufnahme
in das Reserve-Offizierkorps abzulehnen, hatten sich als
Bischofswahl der Reserve zur Wahl für das Offizierkorps
der Reserve gemeldet. Darauf erfolgte eine Inquisition
von Seiten dieses Offizierkorps, die u. A. sich auf die
Fragen erstreckte, ob die betreffenden Offizier-Aspiranten
Mitglieder von katholischen Studentenkorporationen seien,
die bekanntlich das Duell prinzipiell verwerfen. Als diese
Frage bejaht wurde, kam die weitere Frage, ob sie den
Duellzwang anerkennen wollten, was selbstverständlich ver-
neint wurde. Die betreffenden Offizier-Aspiranten wurden
dann gegen eine Minderheit nicht gewählt. Auf ihre
Beisehr wurde beim Kriegsminister wurde diese
Nichtwahl annulliert. Es besteht nämlich eine
Ordnung, wonach die Reserveoffizier-Aspiranten nicht vor-
her verpflichtet werden sollen, über ihre Stellung zum
Duell eine Erklärung abzugeben. Die Entscheidung des
Kriegsministers wurde von den Duellfreunden des betref-
fenden Reserve-Offizierkorps mit einer Anzeige wegen
„falscher bezüglicher Meldung“ zu paralyzieren gesucht,

diese Anzeige aber abgewiesen und somit eine Neu-
wahl angeordnet. Bei dieser erneuten Wahl zum Offi-
zier-Aspiranten am Sonnabend sind die drei Bischofswahl-
abermals durchgefallen. — Nunmehr wird,
wie die „Germania“ ankündigt, die Frage im Reichs-
tag zur Sprache gebracht werden, ob wirklich die Ueber-
treitung der Grundsätze der Moral und des Strafgesetzbuchs
als „Standesfuge“ prinzipiell verlangt werden darf.

Die „vaterlandslosen Gesellen“ als Germanisatoren.
Aus Straßburg i. E. schreibt man der „Leipziger
Vollstg.“: Recht unangenehme Wahrheiten sind es, die
Herr Professor Wittich von der hiesigen Kaiser Wil-
helms-Universität in einem Aufsatz über Deutsche
und französische Kultur im Elsaß, den die
„Illustrirte Elsassische Rundschau“ gegenwärtig veröffent-
licht, den Gegnern der Sozialdemokratie sagt. In
Gegensatz zu ihrer Auffassung von dem mangelnden
nationalen Empfinden jener „vaterlandslosen Gesellen“
jener „Rotte von Menschen, die nicht werth sind, den
Namen Deutsche zu tragen“, hat der Herr Professor die
für die Feinde der Sozialdemokratie geradezu nieder-
schmetternde Entdeckung gemacht, daß die Sozialdemokratie
der einzige Nachfaktor im Reich ist, dem es gelang,
deutschen Geist und deutsche Kultur in die seit nunmehr
30 Jahren mit Deutschland vereinigten elsass-lothringischen
Lande zu tragen und dort das Werk der Germani-
sation, der Gewinnung des Volkes für die Theilnahme
am geistigen, sozialen und politischen Leben des Reiches
zu fördern. In einer Betrachtung über die wirth-
schaftliche Stellung der Altdeutschen im
Elsaß stellt Professor Wittich fest, daß, im Gegensatz
zum Unterelsaß, wo es verhältnißmäßig viele altdeutsche
Unternehmer in Industrie, Handel und Verkehr giebt, im
Oberelsaß der erwerbsthätige Altdeutsche fast ausnahms-
los nur als Arbeiter, nicht aber als Unternehmer an Pro-
duktion und Erwerb beteiligt sei. Dann fährt der Herr
Professor fort:

So wenig nun das Ansehen des Einzelnen in dieser namen-
losen Masse ist, so bedeutsam hat die altdeutsche Arbeiterbevölke-
rung des Oberelsaß als Ganzes in die soziale Entwicklung des
Landes eingegriffen. Denn es ist wohl mit Sicherheit anzu-
nehmen, daß das Eindringen der Sozialdemokratie in die ober-
elsassische Arbeiterbevölkerung auf das altdeutsche Element in
dieser Arbeiterbevölkerung zurückzuführen ist. Allerdings besitzt
hier die Bewegung nicht die Stärke und Nachhaltigkeit wie in
Altdeutschland. Wie die nach vielen Erfolgen erlittenen Niederlagen
widerlegen im Sommer 1900 beweisen, verhält sich die Masse
der Arbeiterbevölkerung schwankend. Aber vernichtet ist die So-
zialdemokratie im Oberelsaß durch diese Niederlagen noch nicht.
Höchstens könnte man sie als den Anfang eines Niederganges
deuten. Aber darüber kann nur die Zukunft entscheiden. Sicher
ist nur, daß die Sozialdemokratie als ein Produkt
deutscher Geistes von Altdeutschland nach dem Oberelsaß gebracht
worden ist, und daß sie dort in den zahl-
reichen deutschen Arbeitern ihre treuesten Anhänger gefunden hat
und noch heute besitzt. Es ist ferner sicher, daß sie von zahl-
reichen Altelsässern mit größerer oder geringerer Nachhaltigkeit
aufgenommen worden ist.

Man mag über die Sozialdemokratie denken wie man will,
sie ist unstrittig das einzige Produkt deutscher Kultur,
das ein beträchtlicher Theil der ober-
elsassischen Bevölkerung freiwillig aufge-
nommen hat. Als solches Produkt deutscher Kultur ist die
Sozialdemokratie auch einen germani-
sirenden Einfluß auf die altelsassische Be-
völkerung aus. Der für sie gewonnene Altelsässer liebt
deutsche Zeitungen, Zeitschriften und Bücher, er tritt mit deut-
schen Parteigenossen in engeren Verkehr, er gewinnt Inter-
esse für das wirtschaftliche, soziale und
politische Leben in Altdeutschland. Gerade der
trotz aller gegenwärtigen Versicherungen spezifisch deutsche Cha-
rakter der Sozialdemokratie bereitet der Partei die größten
Schwierigkeiten im Lande und führt der nachhaltigen und allge-
meinen Verbreitung ihrer Lehren unter der altelsassischen Arbeiter-
schaft entgegen.

Ob der Herr Professor sich wohl bewußt geworden
ist, welche beschämendes Zeugniß er in den obigen Worten
dem reichsständischen Diktaturregiment ausstellt,
das seit nunmehr 30 Jahren mit allen Nachmitteln des
preussisch-junkerlichen Polizeigeistes an der Germanisation
Elsass-Lothringens arbeitet? Also nichts, gar nichts ist
bisher damit erreicht worden! Und was in dieser lan-
gen Zeit allen den großen und kleinen Putzmannern im
Land nicht gelang, trotz der „außerordentlichen Gewalt-
ten“, mit denen man sie ausgestattet hat, das haben nach
dem Urtheil des Straßburger Professors in kaum einem
Jahrzehnt — denn länger kann im Reichsland von einer
nennenswerthen sozialistischen Propaganda keine Rede
sein — die „vaterlandslosen Gesellen“ zu stande gebracht,
obwohl gerade sie die Wirkungen jener unbeschränkten
Polizeigewalt am meisten zu spüren bekamen! Das ist
beinahe zu viel des Schmerzes, den da der Herr Pro-
fessor unseren Gegnern anthut. Es dünkt uns schier, als
ob das bekannte „Schweinegüld“, das der Sozialdemokratie
im alten Jahrhundert lächelte, ihr auch im neuen treu
bleiben würde.

Keine politische Nachrichten. Im deutschen
Handelstag, der gegenwärtig in Berlin tagt, wurde Dienstag
ein Antrag der Handelskammern Viesels-Ruffel gegen jede
Erhöhung der Lebensmittelpreise mit 147 gegen 143
Stimmen angenommen. Die Majorität ist allerdings nur sehr
gering! — Daß der Finanzminister v. Riquel in der That in
diesem Jahre, voranschreitlich noch im Frühjahr, aus dem Amt
scheiden wird, und zwar nicht am wenigsten mit Rücksicht auf
den Stand der Kanalvorlage, wird auch der „Vollstg.“
von gewöhnlich gut unterrichteter Seite bestätigt. Auch über die
Person des Nachfolgers sei bereits die Entscheidung getroffen. Na,
warten wir's ab! — Zum Fleischschaugesetz wird offiziel
geschrieben, es sei noch zweifelhaft, ob die Bestimmungen des Ge-
setzes, die noch nicht in Kraft sind, vor dem 1. Juli Geltung
gewinnen werden. Wahrscheinlich gehen auch dem preussischen Land-
tag Forderungen zur Deutung der Kosten zu. — Auf Schacht 2
der Zeche „Adolf Hansmann“ bei Dortmund fand in dem
Angebot, als vier Arbeiter in den Schacht einführen, um ein be-
schädigte Poteage in der Cavelage zu revidieren, eine Explosion
schlagender Wetter statt. 6 Arbeiter wurden verletzt, davon
einer schwer; ein Arbeiter wird vermißt. Die Aufschlagsarbeiten
dauern noch fort. — In der Rede über die angebotenen Korrupt

tionsgelder der De Beers-Gesellschaft schreibt die „Aft. Btg.“: Nach Erkundigungen an Stellen, die es wissen müssen, gebe es keine geheimen Halbjahresberichte der De Beers-Kompagnie, insbesondere keinen solchen für das zweite Semester 1899; auch der Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr enthalte nicht die behaupteten Posten für Kōin und Berlin. Gegenüber dem Gewährsmann eines Dreabener Blattes hat der Vorsteher des Ausschusses der De Beers-Kompagnie die ganze Versicherungsgeschichte als erfunden bezeichnet. Die De Beers-Gesellschaft habe niemals irgend einer Zeitung direkt oder indirekt irgend welche Zuwendungen gemacht, besonders aber keinem deutschen Blatt. Da Dr. Liman eine Klage gegen die „Aft. Btg.“ unglücklich hat, so dürfte die Wahrheit bald ans Licht kommen. — Im Süden von Deutsch-Ostafrika steht nach der „Deutsch-Nachrichten Zeitung“ im Bezirk von Lindi in Folge Regenmangels und schlechter Ernte eine Hungersnot bevor. Es sind bereits einige Opfer des Hungers zu verzeichnen gewesen. — Bei den gestrigen Reichsraths-Wahlen verloren die Jungtschechen in den böhmischen Landgemeinden drei Mandate an die tschechischen Agrarier. Die Liberalen verloren in den steierischen Landgemeinden ein Mandat an die deutschen Bauernbündler. — Der ehemalige ungarische Handelsminister und Oberkommissar der ungarischen Abtheilung der Pariser Weltausstellung, Bela Lukacs, kürzte sich in die Donau und ertrank. Lukacs litt seit zwei Monaten an einer schweren Nervenkrankheit, so berichtet der offizielle Telegraph. Von anderer Seite wurde schon vor einiger Zeit gemeldet, daß die ihm unterstellten Kassen bedeutende Mehrausgaben aufweisen, über die jeder Nachweis fehlt. — Die Stadtgemeinde Preßburg bewilligte eine halbe Million Kronen zur Erbauung von Arbeiterwohnungen. — In unmittelbarer Nähe von Smyrna ist, wie in Konstantinopel gerüchelt, verlautet, am Sonntag Abend ein französischer Unterthan Namens Mille von Räubern gefangen genommen worden, die für seine Freilassung ein Lösegeld von 5000 türkischen Pfund verlangen. — Die französische Deputirtenkammer, die am Dienstag wieder zusammentrat, wählte wiederum Deschanel mit 296 Stimmen zum Präsidenten, gegen Brisson, welcher 217 Stimmen erhielt. — Die Frage des Verkaufs der westindischen Inseln findet, wie man der „Frankf. Btg.“ aus Kopenhagen meldet, beim Könige und der dortigen Bevölkerung einen so lebhaften Widerstand, daß der Verkauf als aufgegeben gilt. — Der Generalkonful der Vereinigten Staaten in Panama meldet „Reuters Bureau“ zufolge, daß die Aufständischen sich der Stadt nähern. Das Staatsdepartement beabsichtigt, nöthigenfalls energische Maßregeln zu ergreifen, um die amerikanischen Interessen und den Handelsverkehr durch den Jähm zu schützen.

Oesterreich-Ungarn.

Die Verluste der Sozialdemokratie in Böhmen sind, wie unser Wiener Bruderblatt des Weiteren darlegt, wohl zum Theil auf die Hochfluth des nationalen Chauvinismus zurückzuführen, aber nur zum Theil. Die Hauptursache sei zweifellos die Form des Wahlrechtes. „Wir sprechen nicht von jenen Riesenvahlkreisen, die der Agitation eine fast unüberwindliche Aufgabe bieten, nicht von der aus Wien importirten Art der Verfertigung der Wahllisten. Das trifft alle Parteien; dagegen trifft das indirekte Wahlrecht nur uns, die Partei der unabhängigen, armen Arbeiter. Die bürgerlichen Parteien haben in jedem Weiler ihren wohlbestallten Vertrauensmann: den Pfarrer, den Gemeindevorsteher, den Lehrer. Wir müssen uns das Alles allein mühselig machen; die Ausschuhung der Wahlmänner nimmt so viel Zeit und Kraft in Anspruch, daß für die eigentliche Aufklärungsarbeit nicht viel mehr übrig bleibt. Aber darüber hinaus wird das Ergebnis durch das indirekte Wahlrecht in ganz unnatürlicher Weise entstellt. Es ist z. B. sicher — wir werden gelegentlich den Beweis führen — daß wir im Leitmeritzer Kreis die überwiegende Mehrheit der Wählerstimmen haben, und daß unser Schammel thatsächlich nur den Tücken des indirekten Wahlrechtes unterlegen ist. Das ist auch ganz erklärlich. Wo bei der Wahl der Wahlmänner die Sozialdemokraten siegen, siegen sie mit großer Majorität; auf jeden ihrer Wahlmänner fällt eine weit größere Wählerzahl als bei den bürgerlichen, die in den meisten Städten mit knapper Majorität, in den agrarischen Gebieten bei geringer Stimmenabgabe siegen. Nun ist aber das Eigenthümliche des indirekten Wahlrechtes eben die Nullifizierung der Majoritäten; der Verlust einer einzigen Stadt, oft mit knapper Majorität, entscheidet über das Schicksal des ganzen Wahlkreises. Um nur ein Beispiel zu erwähnen, so haben wir die Stadt Leipa mit einer ganz unbeträchtlichen Mehrheit der Gegner verloren — eine Stimmdifferenz, die durch die kolossalen Majoritäten in anderen Orten im Endeffekt beim direkten Wahlrecht zweifellos aufgehoben worden wäre. Aber diese geringe Majorität einer Stadt, die 21 Wahlmänner wählt, bedeutet in der Schluswahl eine Differenz von 42 Stimmen; was der eine weniger hat, muß der Andere mehr erhalten. Man verliert eben im indirekten Wahlrecht nicht einfach, sondern doppelt; man verliert nicht bloß den Wahlmann, sondern der Gegner muß ihn auch gewinnen. Dadurch allein erklärt sich, daß innerhalb des indirekten Wahlrechtes die Entscheidung selten von wenigen Stimmen abhängt, sondern sofort große Majoritäten entstehen

„Wie kindisch das Geschwätz ist, die Sozialdemokratie wäre „weggespült“ worden, es wären die Arbeiter gewesen, die den „nationalen Fahnen“ folgten, zeigen schlagend die Zahlen. In den fünf Wahlbezirken, die wir in Nordböhmen besaßen, erhielten die Sozialdemokratie 1411, die vereinigten Gegner 1586 Wahlmänner. Der Unterschied ist also 175 Stimmen. Und redet das offizielle Blatt der Regierung der Welt vor, die Arbeiter wären „in nationaler Rüstung auf den Kampfpfad“ getreten, obwohl einleuchtender Weise die Wahlen nur beweisen, daß die Arbeiter vom Bürgerthum besetzt worden sind!“

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Die Lage in der Kaptolonie wendet sich immer mehr zu Ungunsten der Engländer. Die englischen Offiziere geben sich darüber auch keiner Täuschung mehr hin. So heißt es z. B. in einer halbamtlichen Depesche: „Die Buren bringen unauhaltbar auf unerwarteten (i) Punkten und auf der ganzen Linie vor. Es ist unmöglich, die Gefahr der Situation zu übertreiben. Mehr Truppen seien sofort dringendst nöthig. Die Engländer aus den umliegenden Distrikten

flüchten panikartig nach Kapstadt hinein. Alle verfügbaren Marinetruppen sowie die Polizei und Freiwillige rückten ans, um einen Vertheidigungskorps um Kapstadt zu bilden.“ Angehts solcher Nachrichten ist es begreiflich, daß, wie gemeldet wird, die Stimmung der englischen Regierungskreise eine sehr gedrückte ist. Hinzu kommt noch, daß es der Regierung ganz unmöglich ist, weitere Truppen, die so notwendig sind, anzuschaffen. Ihre ganze Hoffnung setzt die Regierung noch auf den Weistand der Kolonien, diese aber werden sich, nach den trüben Erfahrungen, die ihre ersten Hülfstruppen gemacht haben, auch erst noch zweimal überlegen, ob sie helfend einbringen werden, denn in Kanada und Australien ist in den letzten Monaten eine starke Ernüchterung eingetreten.

Von einzelnen Bewegungen der Buren wird folgendes gemeldet: Eine Abtheilung der in's Kapland eingedrungenen Buren ist in Calvinia eingetroffen und wird in ein bis zwei Tagen in Clanwilliam erwartet. „Daily Mail“ meldet aus Matiesfontein vom 7. Januar, daß eine Burenabtheilung, welche etwa 1500 Mann stark sein soll, vier Meilen nördlich von Sutherland steht. Der englische Oberst Henneker halte mit einer gemischten Abtheilung die Hügel südlich von Sutherland besetzt.

Aus Rietfontein, in der südwestlichen Ecke Transvaals gelegen, meldet Reuters Bureau: Burenabtheilungen unter Delarey, Steenkamp und Voshoff zeigten sich in bedeutender Stärke am 1. Januar in der Umgebung von Baffelspoort; ihre Zahl wird auf 5000 geschätzt. Die Kolonne Paget und andere Truppentheile rückten aus, um die Buren zu umgeben und abzuschneiden. Diese zogen sich zurück; die Mehrzahl rückte durch Vredfontein. Es scheint sicher zu sein, daß der Feind in diesem Gebiet bedeutende Verstärkungen aus Waterberg erhielt. Ein Kafferkapitän meldet, 3000 Buren rückten durch Zoutpansdrift nach Magaliesberg. Magaliesberg selbst bietet dem Feinde große Vortheile; sein Besatz ist 1000 Mann werth.

Im Transvaal ist auch wieder gekämpft worden. Ein Telegramm aus Johannesburg vom Montag stellt dies in folgender Form fest: „General Babington marschirte gestern aus Ventersdorp mit etwa 1500 Mann nordwärts und ließ fünf Meilen südlich von den Magaliesbergen bei Naampoord und Rietfontein auf den Feind unter Delarey. Der Feind wurde aus Witwatersrand vertrieben, von Babington bei Naampoord und von Oberst Gordon bei Rietfontein und fünfzehn Meilen weit verfolgt; der Feind schien etwa 800 Mann stark zu sein. Was es mit diesen „Vertrübungen“ auf sich hat, lehrt das stetige Wiederauftauchen der Buren an „unerwarteten“ Punkten.

Eine Versammlung von dem Afrikanerbund angehörigen Mitgliedern des Kap-Parlaments beschloß, Merriman, Sauer und Hofmeyr nach England zu entsenden, um über den Stand der Dinge der Regierung, dem Parlament und dem Volk Vorstellungen zu machen. Wie ferner in Blumfontein Reuters Bureau zufolge verlautet, ist eine aus einflussreichen Personen bestehende Friedenskommission bereits in der Bildung begriffen, um Dewet, Steyn und andere Burenführer im Oranjerivier aufzuwachen und ihnen die Bedingungen der Proklamation Ritcheners bezüglich der freiwilligen Ergebung der Bürger anzuwandeln und sich zu bemühen, sie zur Uebergabe zu überreden. Eine ähnliche Nachricht kam bereits neulich aus Südafrika. Inzwischen die Burenführer werden sicherlich den Friedensworten der ihnen nachgeordneten Kommission wenig Gehör schenken, nachdem sich die Lage so vollständig zu ihren Gunsten geändert hat.

Ueber die Verhaftung des Abgeordneten Ma-lau, Herausgeber des holländischen Blattes „Ostland“, berichtet ein Kapstädter Telegramm, daß die aufrührerische Schritt sich über General French und dessen Truppen verlaumbert (?) äußert. Der Verhaftete wurde gegen Stellung einer Kaution auf freien Fuß gesetzt.

General Buller Kriegsgefangen gewesen? Die in Lourenco Marques erscheinende Zeitung „O Portuguez“ erklärt in der Nummer vom 21. November, daß sie dem Gerücht, als hätte sie die Aufforderung erhalten, ein Kompromiß zwischen Dewet und Buller zu veröffentlichen, nicht zu widersprechen wünscht. Dieses Kompromiß löst nach „O Portuguez“ darin bestanden haben, daß General Buller auf Ehrenwort versprochen, sich nicht mehr am Kriege wider die Buren zu betheiligen. Damit hat sich das frühere Gerücht bestätigt, daß die Buren General Buller gefangen genommen, ihn jedoch, nachdem er das in Rede stehende Schriftstück unterzeichnet, wieder frei gelassen hätten. General Dewet habe Bullers Ordenszeichen behalten. Das Blatt hat das Dokument nicht veröffentlicht, weil daraus möglicherweise allerlei Unannehmlichkeiten für die portugiesische Regierung entstehen könnten.

Die Frage des Schiedsgerichts ist in der spanischen Kammer ausgerufen worden. Die Partei der republikanischen Föderalisten in Madrid hat an die Kammer eine Kundgebung gerichtet, in welcher beantragt wird, Spanien solle sich der ersten Forderung nach einem Schiedsgericht in Sachen des südafrikanischen Krieges anschließen, möge diese von Holland oder irgend einer anderen Nation ausgehen. Sollte eine solche Forderung aber nicht gestellt werden, so müsse Spanien dazu die Initiative ergreifen.

China.

Vom Chinawirrwarr. Aus Washington wird der Londoner „Daily Mail“ gemeldet: Die Regierung der Vereinigten Staaten habe durch die üblichen diplomatischen Kanäle den Mächten vorgeschlagen, den Schauplatz der Unterhandlungen zur Lösung der chinesischen Frage von Peking nach Washington zu verlegen. Dieser Vorschlag soll mit Zustimmung Russlands erfolgt sein. Die Antworten der Kabinette stehen noch aus.

Waldersee lehnte es, wie Reuters meldet, ab, dem Ersuchen der chinesischen Friedensvollmachten nachzukommen, von jeder militärischen Operation während der Verhandlungen abzusehen. Waldersee fügte hinzu, es seien keine Expeditionen ohne Grund ausgesandt: nur dann, wo Unruhen und Unordnungen vorgekommen seien, seien Truppen abgeschickt worden, um einzuschreiten, als das einzige Mittel, um die Ausdehnungen zu verhindern. Die Expeditionen seien nicht zu Strafzwecken erfolgt, sondern lediglich um die polizeiliche Thätigkeit auszuüben, sowie das Leben und Eigentum zu schützen.

Ueber einen Sieg der deutschen Truppen meldet Reuters aus Peking: Eine deutsche Reconnoissance-Abtheilung des nördlichen Distrikts traf bei Sze-chai-lou, 20 Meilen nordwestlich der Kreuzung der großen Mauer, auf 3000 Chinesen. Die Deutschen zogen sich auf Luipin zurück, wo sie durch die Expedition verstärkt wurden, die am 29. Dezember von Peking ausgebrochen war, und deren Ziel, wie man annahm, der Distrikt Paoting sein sollte. Die Gegend ist außerordentlich bergig; das Dorf liegt im Thale, dessen Eingang besetzt ist. Die Deutschen gingen zum Angriff vor, aber die Chinesen vertheidigten den Befestigungswall, worauf 10 Geschütze aufgeschossen wurden. Nachdem die Gebirgsbatterie eine Stunde gefeuert, wurde die Stellung mit dem Bajonett genommen, worauf noch ein dreißündiger Kampf folgte, bis der Feind aus dem Thal vertrieben war. Der Verlust des Feindes wird auf 200 Mann geschätzt. Deutscherseits wurde ein Mann getödtet und vier verwundet. Aus den erbeuteten Flaggen geht hervor, daß der Feind aus Kitziol-baten bestand.

Wie der italienischen „Agenzia Stefani“ aus Nungpo berichtet wird, hat Admiral Cambiani den dortigen Behörden mitgeteilt, daß er eine chinesische Flotte mit 11 Mann Besatzung genommen hat, die er bei Ausübung der Seeräuberei betroffen hat. Ueber die Verlobung eines Chinesen durch

Waldersee wird gemeldet: Nach einer Schaughaler „Reuter“-Mittheilung sprach Graf Waldersee dem Gouverneur Juanichikai von Schantung telegraphisch seine Anerkennung für die Energie aus, mit welcher derselbe die Deutschen in Schantung besetzt habe, und sicherte ihm zu, daß die Deutschen nicht zum Zweck von Repressivmaßregeln in das Gebiet Juanichikais einzürden werden. Aus der Audienz Li-Hung-Tschang's und Tsching's bei Waldersee am 15. Oktober berichtet der „Ostasiatische Lloyd“ Einzelheiten über die Form des Empfanges. Daraus verdient hervorgehoben zu werden, daß Sekt aufgetragen wurde und Waldersee mit seinen Gästen gegenfeitig die Gesundheit trank.

Der Odeßer Berichterstatter der „Times“ meldet, daß in diesem Jahre 35 000 bis 40 000 Mann über Odeßa zur Verstärkung der russischen Armee im fernem Osten, die bereits über 170 000 Mann zählte, abgehen sollen.

Der Bericht der Handelskammer für 1900.

IV.

AK. Ueber die allgemeine Konjunktur läßt sich der Bericht generell nicht aus, er vermeidet es also auch, — was der Hamburger Bericht that — eine drohende Krisis in Abrede zu stellen. Immerhin liefern eine ganze Reihe Einzelheiten den Beweis dafür, daß es falsch wäre, sich einer Täuschung darüber hinzugeben, daß wir nicht nur nicht in einer fetten, sondern in einer recht mageren Zeit leben.

Das gilt zunächst für das Baugewerbe. Wir haben die Thatsache in Lübeck ja längst vor Augen gehabt. Arbeitsmangel trat schon zu einer Zeit ein, wo sonst noch überall eifrig gezimmert und gemauert wird, Leute, die jahrelang kaum eine Woche gefeiert hatten, sahen sich plötzlich vor die unangenehme Nothwendigkeit versezt, auf die Arbeitsuche zu gehen, und daneben schoß die bekannte Begleiterscheinung der Depression, das Faulenthum, üppig in's Kraut. Der Bericht giebt ein ziemlich getreues Bild dieser Situation.

Bemerkenswerth ist zunächst eine Notiz: „Ein Rückgang läßt sich hinsichtlich der Ausfuhr von Eisen säewärts, welche im Vorjahre besonders in Bauträgern bedeutend war, verzeichnen, der durch die allgemein ungünstige Geschäftslage in Rußland und Finnland hervorgerufen wurde.“

Also keine lokale Erscheinung, diese Stille im Baugewerbe. Unter „Holzhandel“ heißt es: „Durch die hohen Verkaufspreise im Norden entwickelte sich für das hiesige verhältnismäßig billig einsethende Lager ein flottes Geschäft, welches wohl größere Dimensionen hätte annehmen können, wenn nicht der hohe Geldstand das Unterbringen von Hypotheken sehr erschwert und dadurch auch die Baukunst sehr beeinträchtigt hätte.“

Die Asphalt- und Dachpappenfabrikation berichtet über eine „ungünstige Preisstellung des fertigen Fabrikats, hervorgerufen durch das Sinken des Absatzes infolge verringerter Bau-thätigkeit.“

Die Ziegeleigeschäfte „nehmen größere Lagerbestände in das neue Jahr hinüber.“ Sie führen das darauf zurück, daß „die Baukunst durch die Geldtheuerung und die hohen Arbeitslöhne (!) nicht unwesentlich beeinträchtigt worden sei.“ Wegen der hohen Löhne hätte sicher kein einziger Bauunternehmer die Hände vom Geschäft gelassen; das ist eine mehr als müßige Kombination der Ziegelebarone, die allerdings gewöhnt sind, ihre Leute miserabel zu entlohnen und wie ein Stück Vieh zu behandeln.

Lange vorauszu sehen war der Umschwung in der Metallbranche. Schon vor mehr als einem Jahre etwa der kundige Beobachter an der fieberhaften Hoff, mit der gearbeitet wurde, an dem schwindelerregenden Zuviel erkennen, daß die Maschine nicht funktionirte und über kurz oder lang so oder so zum Stehen gebracht werden mußte. Wir waren längst in anormale Zustände hineingerathen. Der Bericht läßt erkennen, wie weit dies der Fall. Unter der Rubrik „Schwedisches Eisen und Stahl“ wird die einsethende Abflauung des Welteisenmarktes auf Juli datirt. Ferner heißt es an anderen Orten: „Im Eisenwaarengeschäft hat seit dem enormen Auftriebe fast aller Preise im Jahre 1899 eine Beeinträchtigung des Geschäftslebens Platz gegriffen, welche durch die Befürchtung des nur zu bald erreichten Höhepunktes und des darauf folgenden Niederganges der Preise leider allzusehr berechtigt war.“ Die Stanz- und Emaillewerke klagen: „Der allgemeine Umschwung in der Konjunktur, welcher um die Mitte des Jahres in der Eisenindustrie einsetzte, wirkte auch auf den Geschäftsgang dieser Industrie ungünstig ein. Die Kaufkraft der Großabnehmer flaute ab, so daß sich eine bedeutende Ueberproduktion ergab, die der Export nicht aufzunehmen vermochte. Das Resultat aller dieser Verhältnisse war der Ausbruch eines schärfen Konkurrenzkampfes bei Rückgang der Preise.“ — „Mit ganz ähnlichen Verhältnissen hatte die Blechemballagenfabrikation zu rechnen.“

Die Arbeiter der Metallindustrie und des Baugewerbes sind die ersten gewesen, welche gezwungen wurden durch die Krisis, ihr Kontingent zur Bevölkerung der Landstrichen und Herbergen zu liefern. Sie sammt den Zirkelarbeitern, die wir in unserer Gegend nicht kennen, sind es, an denen unbarmherzig sich erfüllt, was 1864 Ferdinand Lassalle sagte:

„Der Rücken der Arbeiter ist der selbstlose grüne Tisch, auf welchem die Unternehmer und Spekulanten das Glücksspiel spielen, zu welchem die heutige Produktion geworden ist. Der Rücken der Arbeiter ist der grüne Tisch, auf welchem sie die Goldhausen einsaffren, welche ihnen der günstige Coup der Roulette zuwirft, und an

welchen schlagend sie sich für den ungünstigen Wurf mit der Hoffnung besserer Chance für nächstens verträufen. Der Arbeiter ist es, welcher mit Lohnverminderung, mit gänzlicher Arbeits- und somit Existenzlosigkeit die notwendigen Mißerfolge in jenem Spiel der Arbeitsherren und Spekulanten bezahlt, deren falsche Spekulationen und Berechnungen er nicht herbeibringt, deren Gier er nicht verschuldet und deren Glückserfolge er nicht theilt."

Es soll noch immer viele Leute geben, die sich wundern, daß bei Millionen Arbeitern diese Erkenntnis so fest sitzt, die sich wundern, obwohl sie doch sehen, daß jeder Tag sie jenen frisch und fühlbar einbläut.

Noch an einer anderen Stelle des Berichtes sehen wir einen drastischen Beleg für obiges Zitat. Unter „Tabacindustrie“ heißt es: „Auch im Berichtsjahre hat sich die Lage der hiesigen Tabacindustrie nicht gehoben. Nach wie vor drückt große Ueberproduktion und überreichliches Angebot, zumal von geringerer süddeutscher Waare, auf den Verdienst. Hier haben wir das auffallende Schauspiel, daß die Wirkungen der profitwütigen Unternehmungslust den Unternehmer sowohl wie den Arbeiter, diesen natürlich in verdreifachtem Maße, bedrücken. „Wegen der hohen Arbeitslöhne“ begannen vor Jahren große Hamburger und Bremer Firmen ihre Fabriken nach dem Inlande zu verlegen. „Hier fanden sie, was ihr Herz begehrte: anspruchslose, geistesfreudige und vor allem — spottbillige Arbeiter und Arbeiterinnen; eine Menschenklasse, die, in eine Zwitterstellung von Landarbeiter und Fabrikflabe hineingerathend, des Tages Loth in's Endlose ziehend, Weib und Kind mit in's Joch spannend, bisher Alles geduldig über sich ergehen ließ, so recht geeignet, den Abgaber für die Gewitter zu bilden, welche von Zeit zu Zeit am Weltmarkte aufsteigen. Die Folge war natürlich zunächst, daß die Lage der Tabacarbeiter von Jahr zu Jahr elender und menschenunwürdiger wurde. Es ist der wahre Jammer, wenn man vergleicht, wie zerrüttet heute dieses Gewerbe ist, das einst die Elite der deutschen Arbeiterschaft in sich barg, gegenüber den siebziger Jahren. Aber die Remedien hat auch die Unternehmer ein wenig getroffen, wemgleich ja die Arbeiter die Noth einerseits zu schlichten haben, welche mit saurer Miene ihre Herren fingerhutweise übernehmen. Gerade der Umstand, daß wir heute in fast allen kleinen Landstädten und größeren Dörfern Deutschlands die Industrie verstreut finden, die einst auf geregelten Lohnverhältnissen basierend, sich in den großen Städten sammelte, gerade dieser Umstand darf in erster Linie geltend gemacht werden, wenn Klagen, wie die oben wiedergegebene Schweighofferade, laut werden.“

Wir wollen für heute schließen mit einer kurzen, aber erbaulichen Zusammenstellung der Ansichten, welche über die Arbeitslöhne geäußert werden. Im allgemeinen wird natürlich weidlich gegetert über die Höhe derselben. So rühmen die Böbeisrizen über eine „erorme Steigerung der Lohnsätze“, woda seltsamer Weise die Möbelmacher absolut nichts gespürt haben.

Doch, solche — Ungenauigkeiten sind bei jenen Herren ja gerade nichts Neues. Die Chemisch-Düngerfabriken reden ebenfalls von „erhöhten Arbeitslöhnen.“ Auch hier handelt es sich u. E. nicht um eine vollendete Thatsache, sondern um eine bringende Nothwendigkeit! Genau so seltsam klingt die Behauptung der Asphalt- und Dachpappenfabrikanten, die Löhne seien gestiegen. Davon wußte bisher Niemand etwas. Aus einer ganz anderen Ecke pfeift dagegen der Wind bei den Fassfabrikanten. „Die auswärtige Konkurrenz konnte stellenweise bei niedrigeren Arbeitslöhnen billigere Waaren für den Markt liefern.“

„Wie gemein von der — auswärtigen Konkurrenz, ihre Leute so schofel zu entlohnen, nicht wahr? Das nennt man aber Wirtlicher!“

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 9. Januar.

Wassernoth droht der Stadt laut behördlicher Bekannmachung. Es haben angeblich Hausbesitzer und Mieter in gelegentlicher Weise, um dem Einfrieren der Leitungen vorzubeugen, die Zapfhähne u. s. w. offenstehen lassen. Dadurch sei eine so außergewöhnlich starke Wasservergütung verursacht, daß die ungestörte Wasserversorgung ernstlich gefährdet werde. Die Behörde sagt deshalb: „In den Häusern, in welchen eine begründete Beforgnis wegen Einfrierens der Leitung besteht, empfiehlt es sich, den Hauptahn derselben für die Dauer der Nacht abzuschließen und die Leitung in allen ihren Theilen zu entleeren.“

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Semler war bisher auch Mitglied der Hamburger Bürgerschaft für den Bezirk Döhlenwäcker. Jetzt ist er plötzlich mandatsmüde geworden und will nicht wieder kandidiren. Er entgeht dadurch sicher dem Nichtwiedergewählt werden.

Das Eis der Wakenitz zwischen dem Damme vor dem Burgshorn und der öffentlichen Badeanstalt an den Falkenwiesen in der Vorstadt St. Jürgen darf bis auf Weiteres betreten werden. Die freigegebene Eisfläche ist durch Stangen mit Strohummwicklung gekennzeichnet.

Aus der Theaterkassette schreibt man uns: Donnerstag geht die Oper „Das stille Dorf“ von Alexander von Fielitz zum ersten Male in Scene. Dieselbe hatte in Hamburg und Bremen großen Erfolg und wird wohl auch hier großes Interesse erwecken, zumal der Komponist hier kein Unbekannter ist. Alexander v. Fielitz hat bereits in der musikalischen Welt einen guten Namen als Liederkomponist und auch sein neuestes Werk „Das stille Dorf“ zeigt seine Stärke auf Iyrischem Gebiete. Die Dichtung stammt aus der Feder Max Kaibed's, des bekannten Wiener Schriftstellers und Kritikers, und liegt derselben eine Sage aus dem Mittelalter, noch einem Künstlermärchen von H. Baumbach zu Grunde. Die Leitung der Aufführung hat Direktor Gottschied und Kapellmeister Balling in Händen. Am Sonnabend findet als Schiller- und Volksvorstellung bei kleinen Preisen eine einmalige Aufführung des Lustspiels „Der Probelaubdiat“ von W. Dreyer statt.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Der Gesundheitsreferent Meas in Schwarzen hat den Titel „Nachmeister“ erhalten. — Ueber das Vermögen des Anchenbäders Majers in Rarienthal-Stodelsdorf ist das Konkursverfahren er-

öffnet. Verwalter ist Rechtsanwalt Böhmder-Schwartz. — An angezeigtlichen Krankheiten wurden im Färkenthum Lübeck im Dezember gemeldet: Scharlach in 3, Masern und Diphtherie in je 4 Fällen; Todesfälle waren nicht zu verzeichnen. — In Trittau gerieth die fünfzehnjährige Tochter des Fuhrers Burmeister in das Getriebe einer Dreschmaschine und erlitt außer schweren Knochenverletzungen einen Bruch. — Ein junger Knecht aus Melinenthal bei Schwarzenbek, namens Finzmann, tödtete sich selbst bei unvorzüglichen Hantiren mit einem Revolver. — In Oldenburg i. S. brannte Sonntag Abend das Haus des Gärtners Ehlers nieder. Die Feuerwehr hatte gerade Ball. — In Tarp bei Flensburg wurden nach dem Berichte des „S. Fr.“ durch eine heftige Feuerbrunst vier Gehöfte eingeeäschert. — In Flensburg wurde der kürzlich wegen Steuerhinterziehungen verurtheilte Betriebsdirector Brühl zum Stadtverordneten-Vorsteher wiedergewählt. Kommentator überflüssig! — In Redefin bei Hagenow brannte ein Petroleumschuppen mit Inhalt, Eigentum des Kaufmanns Schwaan, total nieder. — Auf dem Bahnhof zu Gütrow geriethen in der Montagnacht zwei Personenwagen erster und zweiter Klasse in Brand und wurden vollständig zerstört. Weiterem Umfischgreifen des Feuers konnte vorgebeugt werden. — Auf Ecktenborg's Dorf in Seefeld am Ende fürzte dem Arbeiter Voß ein Kerkastan auf den Körper, was den Tod des Unglücklichen zur Folge hatte. — In Oldenburg (Gr.) hat ein bedeutendes Feuer großen Materialschaden angerichtet.

Entin. Der Freisinn ist im Fürkenthum bekanntlich längst so gut wie begraben. Jetzt kommt aus Oldenburg (Gr.) dieselbe Kunde. Am Sonnabend sprach dort unser Reichstags-Abgeordneter Oberamtsrichter Bargmann vor höchstens 180 Personen über die Thätigkeit des Reichstags. Unser Wunter Parteiblatt berichtet darüber: „Das Oldenburger Bürgerthum läuft heute dem Pastor Naumann nach. Wir haben noch keiner politischen Versammlung hier am Orte beigewohnt, die einen solchen deprimirenden Eindruck gemacht hätte, wie diese freisinnige Wähler-Versammlung. Der Freisinn liegt im Sterben! Das war der Eindruck, den wir aus der Versammlung mitnahmen, und das fühlte auch selbst der Abgeordnete, der zum Schluß seiner nuchternen Rede ausführte, daß, wenn auch gegenwärtig eine politische Berirung Platz gegriffen habe, ihn dies nicht abhalten werde, unentwegt im Sinne des Freisinn's zu wirken.“ — Wenn das Bürgerthum vom Bargmann auf den Naumann kommt, wird es freilich noch konfuser, als es jetzt schon ist. Eine Wendung zum Besseren ist es sicher nicht. — Die nächste Landtagwahl richtet sich nach den Ergebnissen der Volkszählung, sodaß statt 37 jetzt 40 Abgeordnete zu wählen sein werden. Davon entfallen auf Stadt und Amt Jever fünf statt bisher vier. Die Gemeinden Bant, Heppens und Neuende werden es dann in der Hand haben, welche Abgeordneten in den Landtag einzuziehen sollen. Zweifellos sind es dann fünf Sozialdemokraten. Das wird nur dann nicht der Fall sein, wenn der Amtsbezirk Jever in zwei Wahlkreise getheilt wird, was die Regierung übrigens beabsichtigt.

Bremerhaven. Das Reichsgericht hat die Revision des Verantwortlichen der hiesigen „Volksstimme“, Genossen Wilt. Dittmann, gegen das Urtheil des Landgerichts Verden, welches wegen angeblicher Beleidigung des Polizeikommissars Adenhausen in Verden auf 300 Mk. Geldstrafe erkannte, verworfen.

Gesucht ein größeres Zimmer für einen Herrn, am liebsten Hüfstraße oder deren Umgegend. Offertes mit Preisangabe unter D an die Exped. d. Bl.

2 nette Damen-Maschen-Auzüge zu vermieten Engelwisch 47, 2 Et.

Gesucht eine Frau zum Reinmachen Untertrabe 64.

Ein H. Grundstüd vor dem Holkenth. zu kaufen gesucht. Df. n. W 22 an die Exped. d. Bl. ab.

Gelegenheitskauf für Brantente. 1 eleg. gradl. Sopha, 4 Rückenpolsterpühle, 1 Colonnisch, ganz neu, Preis 135 Mk., 2 elegante Seitenbette u. Sprungm. 70 Mk., 1 Tisch, Bettk. u. Sprungm. 28 Mk., do. 1 Kist 20 Mk. Fischerstr. 51, p.

Ein kleines reichh. Sopha wegen Platzmangel 23 Mk. Bedersgrube 73. H., hp.

Gestern Abend ist mir eine Schiefkarr (rotth. angeführten, hinter Helmschild eingeschlagen) gekohlen worden. Da der Herr ersucht ist, erwäge den, dieselbe wieder zurückzubringen. Widderstr. 66.

Gelbe und grüne Erbsen grobkörnig köden im Kochen. H. Wiedow, Engelwisch 34.

Wie ein Pfarrer Socialdemokrat wurde!

Ein Rede von Paul Göhre, Mann a. D. Preis 10 Bg. Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. Johannstraße 50.

Rum in bekannter guter Qualität empfiehlt Heinar. Cordt J.P.H. Grube Kchl. 25 Engelwisch 35.

Nationalsocialer Verein.

Öffentliche Versammlung in Ahrensboeck.

am Dienstag den 15. Jan., Abds. 8 1/2 Uhr, im Locale des Herrn Koch, Hotel Germania

Lagesordnung: Die Nationalsocialen und die politische Lage. Referent: Regierungssassessor a. D. H. v. Gerlach-Berlin, und am Mittwoch den 16. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Locale des Herrn Schröder, Hotel Deutsches Haus.

in Entin.

Lagesordnung: Die Nationalsocialen und die anderen Parteien. Referent: Regierungssassessor a. D. H. v. Gerlach-Berlin.

Jedermann willkommen. Freie Ausdrache.

Die mechanische Schnell-Besohl-Anstalt

befindet sich vor wie nach 34 obere Fischergrube 34. Auf Nr. 34 bitte zu achten. Preise unverändert — auffall. billig. Es wird besonders gutes Leder verarbeitet. Auf Reparaturen kann gewartet werden.

Achtung! Der Sammlung

aller in der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft beschäftigten Personen am Donnerstag den 10. Januar Abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannstraße 50/52. Tages-Ordnung: Besprechung über die jetzigen Zustände in der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft. Um das Erscheinen aller Beschäftigten ersucht Der Einberufer.

Bauzeichnungen

jeglicher Art empfiehlt sich Herm. Steinfass, Bloginstr. 23, part.

Quartettverein „Luba“.

Starten zum Maskenball am 13. Januar sind zu haben im Vereinshaus, bei W. Saueracker, Krämerstr. 18, G. Lang, Steinradweg 7, Karstadt, Hüfstr. 20, C. Gasten, Dautwartgrube, S. Klein, Hüfstraße 94, und bei sämmtlichen Mitgliedern. Maskengarderoben sind noch im Ballabend im Vereinshaus zu vermieten. Eingang der Masken ist bis 8 1/2 Uhr Johannstraße 52, zweite Thür.

Der Vorstand.

Einladung zum 13. Stiftungsfest

des Athleten-Club Hansa von 1888 am Sonntag den 13. Januar im Concordiagarten. Das Comitee.

Getragene Reiseröcke, Pelerinenmäntel und Paletots

sehr billig zu verkaufen Johannstraße 1, Laden

Frisches Schwarzbauer

empfehlen W. Dreyer, Engelwisch 41.

Großer Extraball

als Benefiz für den Kassirer des Club Kranken- und Sterbekasse „Fidelitas“ am Sonntag den 13. Januar 1901 in der Tiboli-Halle. Totalöffnung 5 1/2 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr. Eingang Gewerbevereinsaal. Fremdenpreis 60 Bfg., eine Dame frei. Zu diesem meinen Vorkühlsabend lade hiermit alle meine werthen Freunde und Gönner ganz ergebenst ein. Achtungsvoll Franz Callies.

Circus Variété

Noch ist es Zeit die brillanten Leistungen des Januar-Programms zu bewundern. Anfang des Concerts Abends 7 1/2 Uhr. Der Circus ist gut geheizt. Freitag: Elite-Abend verb. mit gr. Doppel-Concert.

Stadt-Theater.

Donnerstag den 10. Januar 1901: (100) 79. Abonn.-Vorst. 15. Donnerst.-Abonn. Neuheit. Neuheit. Das stille Dorf. Freitag den 11. Januar. Der Vogelhändler.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Streit der Arbeiter der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik vor m. A. Lehning in Pötschau dauert unverändert fort. Die Streikenden haben über das Fest der christlichen Nächstenliebe hinaus tapfer ausgehalten. Es sind jetzt etwa 30 Arbeitswillige weniger als vor Weihnachten. Die landwirtschaftliche Maschinen-Industrie muß ihre Lieferungen bis Ende Januar, Anfang Februar vollziehen, und so hoffen die Streikenden jetzt mehr denn je auf den endlichen Sieg. Vorbedingung ist freilich, daß der Bezug von außerhalb nun strikte fern gehalten wird. — In der alten Bierstadt Kumbach sind die Brauereiarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten, bei der etwa 1000 Arbeiter in Betracht kommen. Es wird gebeten, schon jetzt den Bezug fernzuhalten. — Eine neue Aussperrung steht, wie schon kurz erwähnt, in Dänemark in Sicht. Der dänische Fabrikantenverband der Eisenindustrie hielt am 20. Dezember eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der beschlossen wurde, den Arbeitgeberverband aufzufordern, sämtliche in den zum Verband gehörenden Fabriken beschäftigte Mitglieder des Verbandes der Arbeitsleute auszusperrern. Veranlassung dazu war der Streik von 15 Eisengießereiarbeitern. Diese verlangen statt der bisher gezahlten 28 Dore, 30 Dore (33 1/2 Pfg.). Der Fabrikantenverband hat aber seinen Mitgliedern jede Lohnverhöhung seiner Arbeiter verboten. Die Arbeitgeber erklären, daß dieser Streik ein Bruch der Abmachungen vom 5. September 1899 sei. Es sollen nun so viele Mitglieder der Arbeiterorganisationen ausgesperrt werden, wie nötig sind, um diesen Streik zu unterdrücken.

Im Bezirk der Handwerkskammer Berlin sind nach den jüngsten Erhebungen bei 55 717 Meistern 74 206 Gesellen und 20 928 Lehrlinge beschäftigt.

In einem Ermittlungsverfahren gegen „Unbekannt“ wurde in Hannover Genosse Rauch, der Redakteur unseres dortigen Parteiblattes, vor dem Untersuchungsrichter unter Eid vernommen. Es handelt sich um die Ermittlung derjenigen Person, die im Oktober, als der Kaiser in Hildesheim war, dem Blatte die zur Sicherheit des Kaiserpaars getroffenen polizeilichen Maßregeln mittheilte, die das Blatt veröffentlichte.

Eine Lohnkürzung um 15 Prozent haben die Hagener Gußstahlwerke vorgenommen, angeblich wegen schlechten Geschäftsganges. So müssen also auch hier die Arbeiter die Kosten der tollen Ueberproduktion der „fetten Jahre“ bezahlen.

Als wirksamstes Mittel für die Aussperrung freier Arbeiter bezeichnet der Oberscharfmacher Felsch auf der Generalversammlung des Arbeitgeberbundes eine scharfe Kontrolle über die Entlassungsscheine. Er empfahl, keinen Arbeiter einzustellen, der nicht „ordnungsgemäß“ entlassen sei. Auf diese Weise wollte man die Unternehmer durch eine systematische Auswanderung der ausständigen Arbeiter unterstützen. Dieser Plan ist anscheinend eifrig unter den Baunternehmern fruktifiziert worden, man scheint aber dabei zu der Ansicht gekommen zu sein, daß eine bestimmte Form der Entlassungsscheine eine Kennzeichnung und Verfolgung solcher Arbeiter, die sich mißliebiger gemacht haben, erleichtere, denn in Nr. 2 der „Veröffentlichungen“ des Arbeitgeberbundes wird die Einführung eines in Augsburg üblichen Entlassungsscheines auf das angelegentlichste empfohlen. — Des ferneren wird den Bauherren nahegelegt, die Gesetze, die zu Gunsten der Arbeiter erlassen sind, illusorisch zu machen. Der Vorstand empfiehlt den Meistern, in alle Arbeitsverträge den Passus aufzunehmen: „Es wird ausdrücklich vereinbart, daß § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der von der Entlohnung bei unverschuldeter Arbeitshinderung handelt, auf gegenwärtiges Dienstverhältnis keine Anwendung finde.“ Dieser Vertrag ist von jedem einzelnen Arbeiter zu unterschreiben. So leiten

die Unternehmer die Verfolgung mißliebiger Arbeiter ein und schlagen dem Gesetz ein Schnippchen.

Große Arbeitslosigkeit in Dänemark. Nach einer vom geschäftsführenden Ausschuss der zentralisirten Gewerkschaftenverbände aufgenommenen Statistik waren in 67 Gewerkschaften mit zusammen 79 602 Mitgliedern im November 13 808 oder 17,34 Prozent arbeitslos. 57 Organisationen haben die Zahl ihrer Arbeitslosen für das Jahr 1899 mit angegeben. Bei einer Mitgliederzahl von 77 237 zählten sie im November 1899 5422 Arbeitslose, ca. 7 Proz.; im November 1900 12 868 oder 16,66 Proz. Am größten ist die Zahl der Arbeitslosen im Bauwesen; sie beträgt 24 Prozent. Es geht hieraus die Warnung hervor, jedweden Bezug nach Dänemark zu vermeiden.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Ein furchtbares Brandunglück ereignete sich, wie die „Bresl. Ztg.“ aus Bielitz meldet, auf dem Grundstück der Fabrikfirma J. G. Barthelbs Söhne. In einer Arbeiterbaracke, in der 16 Personen übernachteten, brach gegen Mitternacht Feuer aus. 8 Arbeiter konnten sich retten, 7 wurden in total verholtem Zustande als Leichen vorgefunden. — Der „Spuk“ im Hause Hintertragheim 52 b zu Königsberg i. Pr. hat seit Sonnabend Vormittag aufgehört: die geheimnißvolle Stimme schweigt. Nach den angestellten Ermittlungen erscheint es nunmehr endgültig ausgeschlossen, daß es sich um einen erst zu nehmenden Vorfall handelt. Wer freilich all die Tage lang die Hausbewohner und die Behörden genastigt, ist noch nicht festgestellt und wird wohl auch schwerlich festzustellen sein. — Zwei gefährliche internationale Taschendiebe haben durch die Berliner Gerichte ihre wohlverdiente Strafe erhalten. Die beiden Gauner, die seinerzeit der Polizei viel Arbeit verursachten und nur durch Messungen mit dem Verillon'schen System identifiziert werden konnten, sind der Italiener Giuseppe Votta und der Franzose Marius Dumas. Votta wurde zu 8 Jahren, Dumas zu 6 Jahren Zuchthaus verurtheilt. — Die Brandkatastrophe in Köln hat jetzt ein sechstes Opfer gefordert. Eins der ins Hospital geschafften, schwer verbrannten Kinder ist am Sonnabend Nachmittag seinen Verletzungen erlegen. — Der Kanonier Krämer aus Wiesbaden vom 3. Fuß-Artillerie-Regiment, hatte sich am 2. Dezember ohne Urlaub von Mainz nach Wiesbaden begeben. Von dort aus wollte er die Flucht nach Luxemburg ergreifen, wurde aber von seinem Bruder verrathen und von der Polizei verhaftet. Das Kriegsgericht verurtheilte ihn Sonnabend wegen Fahnenflucht zu 9 Monaten Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. — Bei der Hochzeit eines Arbeiters in Budapest entstand unter den Gästen ein blutiger Kampf, wobei ein Gast getödtet, 5 schwer und 11 leicht verletzt wurden. — Bei Aban-Szanto (Ungarn) wurden drei junge Mädchen, die zur Kirche gegangen waren, erfroren aufgefunden; auch in anderen Orten des Komitats sind mehrere Personen erfroren. — Der Feldwebel der zu Melina in Dalmatien stationirten Pionier-Kompagnie Michael Bieringer verübte einen schrecklichen Selbstmord. Er steckte sich eine Dynamitpatrone in den Mund und brachte sie zur Explosion. Der Kopf des Selbstmörders wurde vollständig zertrümmert. Ursache des Selbstmordes ist Furcht vor Strafe. Der Feldwebel hatte Kompagniegelder veruntreut. — In Kopenhagen verbrannte eine 77 jährige blinde Frau, welche allein in ihrer Wohnung war. Wahrscheinlich ist sie mit ihrer Kleidung dem Ofen zu nahe gekommen. — Drei Männer überfielen Sonntag Nachmittag die Schildwache an der Rückseite des königlichen Palais in Brüssel, der Soldat erhielt einen Schlag mit einem eisernen Instrument ins Gesicht. Gleichzeitig entriß man ihm das Gewehr und zerschlug es auf dem Fußsteig. Der Soldat schrie um Hilfe, worauf die Angreifer flüchteten. Die Attentäter wurden noch nicht ergriffen. Sie sind dem Soldaten unbekannt und machten

nicht den Eindruck von Betrunknen. — Der in Paris herrschenden strengen Kälte sind bereits 9 Personen zum Opfer gefallen. Die meisten starben auf offener Straße. — Der Dampfer „Sudan“, welcher vor einigen Wochen Brüssel verlassen hatte, um den Schiffsfahrtsdienst auf dem Congo zu versehen, ist drei Tagereisen vor Ankunft an seinem Bestimmungsort, untergegangen. Zehn Personen sind umgekommen. — Die schwarzen Pöden sind in New-York in den letzten Wochen in einer größeren Anzahl von Fällen aufgetreten. Zahlreiche Bewohner New-Yorks haben bereits die Schutimpfung an sich vornehmen lassen. Das Gesundheitsamt trifft einerseits energische Vorsichtsmaßregeln, sucht aber andererseits das Vorhandensein der Infektionskrankheit zu verheimlichen. — P. D. Armour, Chef des berühmten großen Fleischerportals in Chicago, ist gestorben. Von allen Versandhäusern Chicagos ist dasjenige von Armour u. Co. heute noch das größte und bekannteste. Das Personal umfaßt mehr als 8000 Menschen, und es werden dort in einem Jahre ungefähr 800 000 Stück Rindvieh, 1 800 000 Schweine und 400 000 Hammel geschlachtet und Waaren im Werthe von 70 Millionen Dollar verkauft, einschließlich von Fleischkonserven, Düngstoffen, Leim u. c. — Nach einer neueren Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus New-York ist bei dem Scheitern des Dampfers „Jaguar“ nur eine Person ertrunken.

Ein Fall krassesten Aberglaubens wird aus der Umgegend von Trebnitz (Schlesien) berichtet. Die Freistellenfrau S. hatte mit ihrem Vieh kein Glück. Dasselbe wurde nach und nach mager, und die Frau mußte ein Stück nach dem anderen für einen minimalen Preis verkaufen. Diesen Mißerfolg schrieb sie dem Einfluß der Freistellenfrau W. zu. Letztere soll einmal bei einem Besuche, den sie der S. machte, sich auf den Dingerhaufen gestellt und unter Gemurmel dreimal Dünger in die Höhe geworfen haben. Seit dieser Zeit, so behauptete Frau S., habe sie kein Glück mit ihrem Vieh. Ein andermal soll Frau W. den Kälbern der S. die Hand ins Maul gehalten und verschiedene Zeichen gemacht haben. Seit dieser Zeit gebeihen angeblich auch die Kälber nicht mehr, und Frau S. behauptete schlankweg, an dem ganzen Unglück sei nur Frau W. Schuld, welche ihr Vieh behext habe. Frau S. hatte sich wegen dieser ehrenrührigen Nachrede vor dem Schöffengericht zu verantworten, das sie zu 4 Mk. Geldstrafe verurtheilte.

Eine nicht sehr schöne Rolle spielte der ehemalige Einjährig-Freiwillige August Dreifuß in einer Verhandlung des Kriegsgerichtes in Stuttgart. Angeklagt war der Unteroffizier Joseph Luitbrand von der 9. Kompagnie des Grenadier-Regiments Nr. 119 wegen Wachergehens. Er war Wachhabender der Zuchthauswache vom 24. auf den 25. März und hat sich eine ganze Reihe von Verfehlungen zu Schulden kommen lassen. Er kümmerte sich nicht um den Dienst, revidierte die geladenen Gewehre nicht, ließ die Posten nicht aufziehen und duldete es auch, daß der Einjährige Dreifuß andere Soldaten für sich Posten stehen ließ, auch ließ er sich von Dreifuß ein Besperbrod bezahlen. Es kam vor, daß ein Soldat sechs Stunden hintereinander Posten stand, während die Schildwache ordnungsmäßig nach zwei Stunden abgelöst werden muß. Dreifuß, der sofort die Soldaten mit Bier zu traktieren begann, gab eigentlich die Veranlassung zu der in seiner Nacht auf der Wache herrschenden Anarchie; der Wachhabende ließ Alles geschehen. Der Vorfall ist erst nach einem halben Jahre zur Anzeige gebracht worden. Dreifuß, der als Zeuge auftrat und völlig unglaubwürdige Angaben machte, wurde nicht verurtheilt. Das Gericht ließ dem Angeklagten gegenüber einigermaßen Milde walten: es erkannte auf eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten.

Das Schicksal eines Deserteurs. Das Kriegsgericht der 20. Division in Hannover verhandelte dieser Tage über einen Fall von Fahnenflucht im Rückfalle, Urkundenfälschung und Diebstahls, der mit interessanten Neben-

Im Banne der „göttlichen“ Weltordnung.

Roman aus der Gegenwart von W. Braunsdorf.

(16. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Alle Arbeit also,“ fuhr Anton fort, „welche von den besitzlosen Volksklassen geleistet wird, kommt den Erzeugern nur insoweit zu gute, als zu einer kümmerlichen, entbehrungsreichen Existenz gerade nöthig ist. Den größten Vortheil haben die Besitzer der Arbeitsmittel, die Kapitalisten, die keinerlei nützliche Arbeit leisten, sich aber durch die Früchte der Arbeit ihrer besitzlosen Mitmenschen ein sorgenfreies, genußreiches Wohlleben verschaffen können. Je mehr Arbeiter ein Kapitalist in seinem Dienste hat, desto schneller vermehrt sich auch sein Reichthum; während die Erzeuger all dieser Reichthümer beständig in Armuth und Elend dahinleben.“

„Der Kapitalbesitz setzt die Unternehmer ferner in den Stand, ihre kleinen Konkurrenten, die nicht so kapitalkräftig sind, auf dem Waarenmarkt zu unterbieten, konkurrenzunfähig zu machen und wirtschaftlich zu Grunde zu richten. Dieser Vernichtungskampf wird immer heftiger und erbitterter, grausamer und folgenschwerer. Die ganze kapitalistische Entwicklung arbeitet auf die schrankenlose Ausbeutung aller wirtschaftlich Schwachen hin, auf Vernichtung alles Kleinbesitzes und Unschädlichmachung jeder Konkurrenz. Es ist der ökonomische Krieg Aller gegen Alle. Jeder sucht für sich den größtmöglichen Vortheil, und die unehrlichsten Mittel, nicht selten Verbrechen, werden angewendet, diese Vortheile zu erlangen.“

„Jeder für sich und der Teufel für Alle, das ist der herrschende Grundsatz dieses wüsten Zustandes, des privatkapitalistischen Prinzips; wer bei dieser wahnsinnigen Jagd nach Profit strauchelt, der wird in der unbarmherzigsten Weise von den kapitalkräftigeren Gegnern unter die Füße getreten und in die unheimlich wachsenden Reihen der Prole-

tarier hinabgeschleudert. Wohin dieser wilde, alle Kräfte aufreibende Kampf führen muß, darum kümmern sich die wirtschaftlichen Machthaber wenig.“

„So entstehen die furchtbarsten Klassengegenätze, die Sonderstellungen der Menschen, die gesellschaftlichen Ungleichheiten mit ihren entsetzlichen Begleiterscheinungen. Während sich auf der einen Seite Wenige befinden, welche alle Arbeitsmittel, alle Reichthümer an nützlichen Werthe besitzen und im Ueberfluß der erzeugten Lebensgüter zu erstickten drohen, steht auf der anderen Seite das gewaltige Sklavenheer, das millionenfache Proletariat ohne Gesetz und Recht, in seiner Existenz lediglich von der Gnade und Ungnade des Kapitalbesitzers abhängig bei allem Fleiße hungernd, frierend und verelendet. Auf der anderen Seite kolossale Reichthümer angehäuft, auf der anderen Massenarmuth, Massenelend.“

„Dieselben Erscheinungen und Fortsetzungsvorgänge, wie sie sich auf den industriellen Gebieten in allen Kulturstaaten zeigen, vollziehen sich in der Landwirtschaft. Schaut um Euch und Ihr findet hier in Weinselben zahlreiche Beispiele von den furchtbarsten Wirkungen der Kapitalherrschaft. Dem kleinen und mittleren selbstständigen Landwirth ergeht es wie dem kleinen und mittleren Gewerbetreibenden, er wird von den kapitalkräftigen Konkurrenten überall aus dem Felde geschlagen, erdrückt und ruiniert. Die Auswanderung der kleinen Landwirtschaft durch den großen Grundbesitz hat namentlich unter der Herrschaft der Getreidegölle mächtig zugenommen und schreitet mit graufiger Schnelligkeit immer weiter vor. Die große Mehrzahl der Landwirthe hat von den Getreide- und sonstigen landwirtschaftlichen Böllen gar keinen oder einen so winzigen Vortheil, daß derselbe ihre Lage nicht im Geringsten verbessern kann; den Nutzen davon haben allein die Großgrundbesitzer, die viel verkaufen können. Die zunehmende Zahl der Subhastationen kleiner Bauernwirtschaften zeigt den Verzweiflungskampf, den die kleine und mittlere Landwirtschaft führt. Eine schlechte Getreideernte, wie wir sie dies Jahr haben, trifft

den Großgrundbesitzer nicht schmerzlich, aber auf den Kleinbesitzthum wirkt sie geradezu verheerend, wirft Tausende überschuldeter Bauern von Haus und Hof und degradirt sie zu Lohnarbeitern, während ihr Besitzthum in die Hände der kapitalkräftigen Nachbarn und Großgrundbesitzer übergeht und deren Besitz vermehrt.“

„Ist es nicht ein widersinniger unnatürlicher Zustand, daß, je mehr Erfindungen und Entdeckungen der menschliche Geist macht, die der gesamten Menschheit zum unerschöpflichen Segen reichen, das Dasein eines Jeden beständig angenehmer und behaglicher gestalten könnten, diese Errungenschaften unseres Zeitalters in letzter Linie nur den Zwecken haben, die Lage der großen Mehrzahl der Menschen immer erbärmlicher und unerträglich zu machen, weil der diese Kapital allein die Macht hat, diese ungeheuren Vortheile, welche das menschliche Genie der Natur und deren geheimen Kräften abgetroht, für sich auszunutzen, lediglich zum Zwecke der Kapitalvermehrung, während die besitzlose Menschheit des Segens all dieser blühenden Fortschritte nicht theilhaftig wird. Immer großartiger entwickeln sich die Fortschritte auf allen Gebieten des menschlichen Wissens und Könnens, die Erzeugung von Lebensbedürfnissen aller Art wird durch ausgezeichnete Hilfsmittel und durch Anwendung und Ausnutzung der reichen wissenschaftlichen Entdeckungen ins Ungeheure gesteigert, aber besonnengeachtet verfunkt die große Masse mehr und mehr in Armuth und Elend. Andererseits wächst der Reichthum ins Kolossale und hat ganz naturgemäß den rohen grausamen Trieb in sich, jedes edle menschliche Gefühl zu ersticken und die Kultur dem Untergange entgegenzuführen.“

„Die riesig anschwellende Masse der Besitzlosen wird von den wenigen Besitzenden immer abhängiger, weil letztere alle Hilfsmittel zur Erzeugung der menschlichen Lebensbedürfnisse in den Händen haben und die Arbeitskraft der Besitzlosen nur dann kaufen, wenn sie ihnen einen Vortheil verspricht, wenn sie Profit, Mehrwerth herauszuschlagen können.“

umständen verknüpft war. Der angeführten Straftaten hatte sich der Musikant Rikolef von der 4. Kompagnie des braunschweigischen Infanterie-Regiments Nr. 92 zu verantworten. B. desertierte zum ersten Male im Jahre 1887 vom Regiment, wurde im folgenden Jahre ergriffen und mit zehn Monaten Festungshaft bestraft. Als er nach verbüßter Strafe wieder in die Kompagnie eingestellt wurde, desertierte er sofort wieder und blieb seitdem verschwunden. Er hatte sich von einem Bogabonden einen auf den Namen Jakob Apostel lautenden Legitimationschein geben lassen und hatte dann diesen Namen weiter geführt, hatte sich unter diesem Namen verheiratet und auch gegen seine Frau, die ihm vier Kinder gebar, seinen rechten Namen verschwiegen. Wie er vor seinem Dienstantritt sich verschiedener Vergehen schuldig gemacht, die bereits verjährt sind, so auch unter Führung des Namens Apostel. Als er bei einem Diebstahl in Peine verhaftet wurde, stellte sich heraus, daß Jakob Apostel ein oftmals mit Zuchthaus vorbestrafter Mensch sei, der wegen mehrerer noch ungeführter Straftaten verfolgt wurde. Um nun der ihm als Jakob Apostel drohenden langjährigen Zuchthausstrafe zu entgehen, sah er sich gezwungen, seinen wirklichen Namen zu nennen, was zur Folge hatte, daß er dem 92. Regiment wieder zugeführt und wegen Fahnenflucht, Urkundenfälschung und Diebstahls vor das Kriegsgericht gestellt wurde. Er war in allen Theilen geständig und wurde zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr 7 Monaten Gefängnis verurtheilt unter Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Ein Monat der Strafe wurde ihm auf die erstlittene Untersuchungshaft angerechnet. In der Urtheilsbegründung wurde hervorgehoben, daß die Strafe in Rücksicht auf seine unglückliche Familie so niedrig ausgefallen sei, während er persönlich eigentlich keine Milde verdiene. Mit diesem Erkenntniß wurde das frühere Kontumacialurtheil aufgehoben.

Krad überall! Der Krad der Deutschen Grundschulbank hat auch für Nürnberg, Fürth und Umgegend große Verluste im Geolge. Fachleute theilen mit, daß der Schaden sich nach Millionen berechnet. Meist sind es Leute, die sich einige Tausend Mark erübrigt haben, die nunmehr um ihren Sparspennig gekommen sind. Das ist nicht auffällig, erfahrene Kapitalisten benützen solch' fragwürdige Institute nicht zur Gelddanlage. Daß Nürnberg-Fürth besonders durch den Zusammenbruch betroffen wird, dürfte auf den Umstand zurückzuführen sein, daß einer der frommen Epizublen, Schmidt, früher bei der Vereinsbank in Nürnberg angestellt war und die Stelle eines Vorstandes der Hypothekendarlehen inne hatte. Zweifellos hat er die durch diese Stellung gewonnene Bekanntheit als Zutreiber benutzt und viele kleine Leute für die preußischen Schwindelbanken eingefangen. Für die Geprüften wird es ein schlechter Trost sein, daß die Epizublen sehr fromme Leute sind, die keinen Gottesdienst veräußerten und sich durch diese Heuchelei erst recht das Vertrauen der Landleute erschlichen. Wer auf die Dummheit seiner geehrten Mitmenschen spekulirt, fährt immer gut dabei.

Auf zum Kampf für Religion, Sitte und Ordnung! Vor der Strafkammer in Oppeln hatten sich dieser Tage zu verantworten: Der Rechtsanwalt und Notar Dr. Otto Anshuth aus Kupp wegen Herausforderung zum Zweikampf, der Amtsrichter Maximilian Schiffer aus Lobjens wegen Kartelltragens und Beleidigung. Veranlassung zu dieser Affäre war eine Differenz des Ersteren mit dem Amtsrichter Dr. Slupski in Karlsruhe gelegentlich eines Termins in Karlsruhe. Die Angeklagten wurden zu je einem Monat Festungshaft, und Amtsrichter Schiffer wurde außerdem zu 300 M. Geldstrafe verurtheilt.

Ein unbekanntes Bergvolk. Der holländische Forschungsreisende Dr. A. W. Nieuwenhuis ist nach zweieinhalbjähriger Abwesenheit aus Mittel-Borneo nach Batavia zurückgekehrt. An den Grenzen von Sarawak hat er u. a. ein völlig unbekanntes Bergvolk entdeckt. Er ist der erste Europäer, der seinen Fuß in jene Gegend gesetzt hat.

Ursachen des Selbstmordes. Ueber die Ursachen des Selbstmordes ist schon häufig genug geschrieben. Aber alle bisher aufgestellten Behauptungen, wie z. B. die des Moralphilosophen v. Dettlingen, daß der hohe Prozentsatz von Selbstmördern in Deutschland durch die Mißthung des deutschen Geistes- und Gemüthslebens beeinflusst werde, ruhen auf allgemeinen Betrachtungen. Man muß sich wundern,

daß unser Zeitalter der exakten Forschung bei dieser in vielfacher Hinsicht bedeutsamen Frage bisher noch nicht dahin gekommen ist, auf Grund einer gewissenhaften Prüfung der großen Zahl von Einzelfällen greifbares Material zur Verantwortung der interessanten Frage nach den Hauptmotiven, welche zum Selbstmorde führen, zu gewinnen. Einen Versuch, auf diesem Wege zum Ziele zu kommen, hat Professor Heller, der Leiter des pathologischen Institutes an der Universität Kiel, in Nr. 48 der „Münchener medizinischen Wochenschrift“ unternommen. Da in Schleswig-Holstein alle Leichen von Selbstmördern dem anatomischen Institute zu Kiel eingeliefert werden müssen, so stand dem genannten Gelehrten ein ansehnliches Material für seine Beobachtungen zur Verfügung. Letztere erstreckten sich auf 230 männliche und 70 weibliche Leichen von Selbstmördern im Alter von 10 bis zu 90 Jahren. Von diesen Selbstmorden fiel die große Mehrzahl in den Sommer. Erhängen, Ertränken und Vergiften waren die vorzugsweise gewählten Todesarten. In 211 von den 300 beobachteten Fällen ergab die Sektion Veränderungen des Zentralnervensystems und seiner Hüllen. Von den Selbstmörderinnen befand sich nahezu die Hälfte (47,4 Prozent) in durch das weibliche Geschlechtsleben bedingten physiologischen Zuständen, welche in hohem Grade zu einem abnormen physischen Verhalten disponirten. Bei 24,3 Prozent war der Selbstmord während des Leidens an fieberhaften Krankheiten, wie Typhus, Lungentzündung, Influenza und dergleichen, begangen. Unter den 167 Selbstmördern über 30 Jahre konnte Professor Heller bei 123, d. h. 79,7 Proz., die charakteristischen Merkmale der Alkoholvergiftung feststellen. Bei den Jüngeren war die Häufigkeit der Alkoholvergiftung deshalb nicht genau nachweisbar, weil sich die Symptome derselben erst mit den Jahren auszubilden pflegen. Jedenfalls läßt sich auf Grund dieses Befundes wohl behaupten, daß die Selbstmörder in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle bei Verübung der That sich nicht im Vollbesitz ihrer normalen geistigen Fähigkeiten befanden. Bei einer allgemeinen genaueren Prüfung der Einzelfälle von Selbstmorden würde dieses Material sicherlich hoch werthvolle Ergänzungen erfahren. Wünschenswerth wäre es in höchstem Maße, daß eine genaue Prüfung jedes Einzelfalles zur Pflicht gemacht würde, denn die Frage nach den Motiven des Selbstmordes hat nicht nur eine theoretische, sondern auch eine weitgehende praktische Bedeutung. Die landläufige Anschauung pflegt noch immer den Selbstmord als etwas Schimpfliches anzusehen. Die Kirche verjagt im Allgemeinen den Selbstmörder ein christliches Begräbniß, es sei denn, daß vom Arzte ausdrücklich bescheinigt wird, daß der Selbstmord nicht bei klarem Bewußtsein verübt wurde. Die Feststellung, daß die ganz überwiegende Zahl von Selbstmorden im Zustande getrüberter Geistesklarheit verübt wäre, würde in den herkömmlichen Anschauungen und traditionellen Bräuchen Selbstmördern gegenüber manche recht wünschenswerthe Korrekturen veranlassen müssen.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 30. Dezember 1900 bis 5. Januar 1901.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Vornamen des Vaters.
1900 20. Dezember. Kaiser am Steuerbureau Heinrich Friedrich Wilhelm Behrens. 23. Eisenbahn-Affistant Hans Karl Theodor Ludwig Arnold Severin. Kaufmann Wilhelm Friedrich Gustav Schacht. 25. Bonnunternehmer Joachim Adolph Wilhelm Vatte. Arbeiter Gustav Wilhelm Karl Sellmann. 26. Schmied Otto August Ludwig Krüger. 27. Schneider Karl Ludwig Florig Bugel. 28. Arbeiter Karl Johanna Heinrich Gollt Ulrich Joachim Heinrich Friedrich Dole. Protarist Karl Wilhelm Peter Decker. 29. Pastor a. D. Adolf Gustav Luis Schmidt. Arbeiter Johann Christian Friedrich Scheel. Bäckermeister Emil Wilhelm August Hutz (Zwillinge). Klempnermeister Karl Christoph Gottardt Hammer. Maurer Johann Joachim Heinrich Käsbach. Tischler Heinrich Wilhelm Ziegler. 30. Kaisermeister Karl Wilhelm Friedrich Konig. 31. Forster Johann Joachim Christian Schreyer. 1901. 1. Januar. Arbeiter Johann Joachim Heinrich Jden gra. Adrens. Kaufst bei der Landesversicherungsanstalt der Provinz Schleswig-Ludwig Friedrich Carl Baag. Eisenbahn-Wagenmeister Valentin Karl Louis Dolz. 2. Sägerber Carl Marie Mohde. Arbeiter Joachim Johann Friedrich Meier. Kaufmann Martin Christian Wölffler. Arbeiter Johann Hans Heinrich Brnie. 3. Arbeiter Johann Heinrich Friedrich Rod. 4. Arbeiter August Erdmann Weigert. 5. Böttcher Johann Heinrich Christian Jentel.

„Der Arbeiter ist ausgeschlossen und verstoßen aus der übrigen Gesellschaft und gilt eben nur als Arbeitsvieh. Hochmüthig blickt seine Unterdrücker, die sogenannten „besseren“ Gesellschaftsglieder auf ihn herab, jeden Umgang, jede Berührung mit ihm ängstlich meidend, wie einen Pestkranken, und doch ist es der verachtete Arbeiter, der jene ernähren, ihnen alle Genüsse und Annehmlichkeiten schaffen muß. Der Arbeitsmittel ist das Kleid der Schmach und Knechtschaft, der Entehrung und Entrechtung.“

„Die landwirthschaftlichen Arbeiter stehen sich am schlechtesten. In der großen Landwirthschaft nimmt die Einführung der Maschinen beständig zu und entzweigt ihnen die regelmäßige Beschäftigung. Die Löhne sind erbärmlich niedrig und ermöglichen dem Arbeiter kaum noch die karglichste Lebensweise. Die Verhältnisse sind gerade dort am schlechtesten, wo der große Grundbesitz vorherrscht. Dem arbeitssamen Landvolke ist das schwerste Loos zu Theil geworden, sein Leben ist eine endlose Kette von Noth und Jammer, seine Rechte werden von den Machthabern in jeder Gestalt schmählich und brutal mit Füßen getreten.“

„Während ehemals der Landmann seiner Arbeit froh sein konnte, wo ihm für seine Mühsal ein bescheidenes, aber sicheres Fortkommen zu Theil ward, ist in der jüngsten Zeit seine Lebenslage trotz allen Kämpfens und Mühens immer trauriger geworden. Millionen von braven Landleuten sind zu Proletariern geworden, zu armen Tauseln, die außer ihren Armen nichts besitzen und sich für jämmerlichen Lohn den vorzigen Junkern und Grundherren verbinden müssen. Das Jahresertrögen der Landarbeiter ist so gering, daß es zum allernothdürftigsten Lebensunterhalt nicht ausreicht, da müssen auch die Frauen in das Arbeitsjoch hinein, selbst die zarten Kinder werden nicht gesont. Die Herren Grundbesitzer haben allerlei noble Passionen, die ungeheures Geld kosten, sie müssen „standesgemäß“ leben und auftreten, und die Mittel dazu müssen ihnen die Arbeiter liefern. Während die Großen an üppigen Tafeln schmelzen und sich im Ueber-

b) Mädchen. Name und Vornamen des Vaters.

1900. 26. Dezember. Arbeiter Wilhelm Johann Heinrich Peters. Producentenhändler Julius Carl Heinrich Anton Christian Naale. 27. Arbeiter Heinrich Ludwig Friedrich Harms. 28. Arbeiter Johannes Georg Christian Götz. 30. Schmied Friedrich Johann Apfel. Lotomotivheizer Mis Peter Blagemann. Arbeiter Heinrich Friedrich Carl August. 31. Maurer Carl Joachim Heinrich Köbber. Arbeiter Johannes Heinrich Wilhelm Lund. 1901. 1. Januar. Maler Friedrich Heinrich Christian Hinge. Musiker Joachim Heinrich Friedrich Trms. 2. Arbeiter Ernst Albert Ludwig Siebühr. 3. Arbeiter Otto Ludwig Banfeld.

Sterbefälle.

1900 29. Dezember. Ein Knabe, 16 Stunden, B.: Pastor a. D. Adolf Gustav Luis Schmidt. 30. Friederike Dorothea geb. Riehe, Witwe des Schmieds Christoph Friedrich Schubert, 73 J. Johanna Maria Sophie Frenz, 10 J. Elisabeth Martha Marie Johanna B. H., 3 M. 31. Sven Hans Heinrich Behrion, 6 J. Martin Stiens, 1 J. Adolf Heinrich August Pauls, 2 J. 4 M. Elisabeth Martha Catharina Reuter, 7 J. 1901. 1. Januar. Johanna Auguste Maria geb. Briggow, Ehefrau des Kaufmannes Johann Hermann Friedrich Hofmann, 71 Jahre. Paul Thode, 7 Jahre. Caroline Mathilde Emilie geb. Kollmann, Witwe des Retors Carl Georg Johannes Dummeier, 65 Jahre. Fröhner Ziegler August Johanna Adolf Niemann, 76 Jahre. Magdalena Margarethe Elisabeth geb. Althgens, Witwe des Schuhmachermeisters Johann Heinrich Friedrich Schmidt, 68 J. Catharina Margarethe geb. Schacht, Witwe des Arbeiters Heinrich Friedrich Lonn, 72 J. Robert Carl Frits Jonnemann, 7 M. 8. Aribert Robert Paul Jankowetz, 3 M. Schlossergeselle Ernst Rudolf Max Scharfer, 34 J. Wilhelmine Johanne Henriette Wegener, 72 J. Wilhelmine Catharine Hedwig geb. Grise, Ehefrau des Gärtners Jacob Nicolaus Hermann Hellmann, 66 J. 4. Ein Knabe, 17 J., B.: Arbeiterbodarbeiter Christoph Joachim Heinrich Salzenbrecher. Catharina Margarethe geb. Krohn, Ehefrau des Gefangenwärters Heinrich Johann Joachim Mohrmann, 62 J. Rog. Adolf Rosenquid, 4 J. 9 M. Maria Dorothea Henriette geb. Erbman, Ehefrau des Arbeiters Heinrich Friedrich Jochen Drews, 45 J. Louise Christiane Marie geb. Peterßen, Ehefrau des verstorbenen Uhrmachers Casper Albrecht Rudolf Hansen, 66 J. Gertrud Betty Marie Peterßen, 10 M. 5. Frieda Anna Bertha Hinrichsen, 2 J. Emil Friedrich Wilhelm Casfen, 3 M.

Angewandte Aufgebote.

31. Dezember 1900. Schiffer Heinrich Karl Otto Westphal zu Lauenburg a. E. und Ella Dorothea Minna Helene Siehr zu Bantzen. Abfuhr-Unternehmer Ernst Peter Heinrich Müller und Sophie Marie Koken, beide zu Oldesloe. Kaufmann Arnold Friedrich Max Johannes Berg und Martha Maria Anna Dorothea Koif. Maurer Johann Jochen Christoph Mahnde zu Rabeburg und Johanna Catharina Maria Zimmermann. Handlungsgeselle Hugo Heinrich Christoph Threns und Maria Luise Dorothea Aimer. Emailierer Jgnaz Piker zu Borwert und Alma Hellmann. 2. Januar 1901. Kaufmann Johann Friedrich Heinrich Hofmann und Friederike Emilie Johanna Schöls. Schmied Bernhard Otto Bide und Emma Christine Verott. Arbeiter Carl Joachim Heinrich Böttcher und Erue Christi ana Sophia Christina Drews zu Lüdersdorf. Arbeiter Johann Theodor Malinowski zu Parnowen und Anna Muszynski zu Fiedelau. 3. Baubeamter Emil Ferdinand Eugen Theodor Dorn zu Dresden und Emma Koen. Buchhalter Franz Wilhelm Albert Neumann und Bertha Friederike Götte. Molkereidirektor Ernst Otto Carl Bastian und Caroline Marie Louise Kühne zu Ludaun. Träger Ludwig Schroeder und Friederike Sophie Dorothea Christine Kähler zu Klitz. 4. Arbeiter Anton Kurrel und Wilhelmine Caroline Dorothea Groth zu Herrsburg. Klempner August Louis und Helene Sophie Marie Faben. Arbeiter Johann Friedrich Karl Sals zu Lübbeen und Maria Sophia Elise Jonet zu Probsth. 5. Kaufmann Paul Christian Johannes Admian und Emma Minna Oppermann zu Hannover. Emailier Friedrich Heinrich Hermann Jürs und Maria Caroline Elisabeth Jona. Klempner Heinrich Christian Friedrich Wilens und Bertha Dorothea Cathor ve Cartodius. Arbeiter Friedrich Johann Wilhelm Josua Georg Eberhard und Maria Luise Christiane Bhr.

Eheschließungen.

4. Januar 1901. Arbeiter Carl Joachim Friedrich Westphal und Emma Christine Johanna Metta. Kaufmann Johannes Gustav Höppner und Auguste Amelia Hermina Katenamp. Bürgermeister Dr. jur. Carl Georg Adolph Müller zu Lauenburg i. B. und Magdalena Brehmer Schneider Rudolph Friedrich August Schramm und Frida Bertha Henriette Maria Hermine Paap. Seemotorschiff Friedrich Heinrich Leonhard Frahm und Johanna Caroline Auguste Emilie Wittkot. 6. Peter Martin Karozny und Christine Catharina Sophie Liesch. Arbeiter Hermann Röder und Marie Mathilde Elise Bois. Maurer Johann Wilhelm Frits Anhalt und Catharina Maria Dorothea Müller zu Utecht. Schlachter Hubert Anton Balluff und Sophia Dorothea Johanna Elisabeth Reshöft.

„Die arbeitenden Volksschichten, am meisten die reinen Lohnarbeiter, hängen also in ihren ganzen Lebensbedingungen von den Inhabern der Arbeitsmittel ab. Die armen Klassen können nur leben — und wie erbärmlich —, wenn ihre Arbeitskraft von den Kapitalisten zum Zwecke der Reichthumsvermehrung gekauft wird, sie müssen hungern und darben, wenn ihre Arbeitskraft nicht begehrt wird. Dieser Zustand verschlimmert sich in dem Maße, wie durch die Verbesserung und Erfindung von Maschinen und Entdeckung neuer mechanischer, chemischer und technischer Hilfsmittel, sowie intensiver Ausnutzung der Naturkräfte menschliche Hände mehr und mehr überflüssig werden und andererseits die wachsende Zahl der Arbeiter in die gramame Zwangslage versetzt wird, um der Selbsterhaltung willen sich gegenseitig scharfe Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu machen, wodurch die Löhne beständig niedriger sinken.“

„Und in Hand mit der wirthschaftlichen Entwertung, Ausbeutung und Knechtung der großen Masse geht ihre geistige Unterdrückung und ihre gesellschaftliche Degradation zu Weite untergeordneter Bedeutung. Der Arbeiter heutige Lage ist nur eine erbärmlich bezahlte, verachtete Maschine im Dienste der Besitzenden, ohne bürgerliche Rechte, ohne Ansehen und Geltung, nur so oft das Spiel brutaler Lizenzen und sogenannter nobler Passionen der in Reichthum und Leppigkeit sich schwellenden hochmüthigen Machthaber, welche es als ganz natürlich und selbstverständlich halten, daß sie sich vom harten Schweiß der Arbeiter nützen. Der Arbeiter ist verdächtig, zeitweilig als Zogelshuer, als willkürlicher Sklave für den Kapitalbesitzer zu arbeiten. Er ist heruntergeworfen zum Paria, er ist entwürdig, seiner Menschenrechte beraubt, zu Lebenslangem harten Kampfe um das Dasein, zur bittersten Armut, Abhängigkeit und Enttötung verdammt, ja, er fällt vielleicht dem Hungertode anheim, wenn schlimmere Zeiten eintreten, welche die unvernünftige Speculationsweise, die plan- und ziellose Wirthschaftsweise des Kapitalisten thums mit sich bringt.“

„In der Welt aus, wohin wir Umschau halten und grauenhaft düster und trostlos erscheint uns die Zukunft.“

„Aber schon ist der leidenden Menschheit der Retter entsandt, der sie aus den rohen Klauen der Kapitalsherrschaft befreien und sie einer glücklichen, sonnigen Zukunft entgegenzuführen die Kraft und den Willen besitzt — das ist der Sozialismus, der Heiland, auf den die Menschheit wartet.“

„Schon hat die Zeit der Noth einen guten Theil der Geknechteten und Bedrückten zur wahren Erkenntniß gebracht. Die Entstehung der Sozialdemokratie als notwendiges Erzeugniß der privatkapitalistischen Hiesententwicklung, das Fortschreiten und schnelle Wachstum derselben als politische Partei war das erste Merkmal dafür, daß die Ausgebeuteten und Enterteten in ihr den unerschrockenen Vertheidiger ihrer Menschenrechte, den Wahrer ihrer Lebensinteressen und den endlichen Selbster aus der trüben Nacht des Elends erkennen.“

(Fortsetzung folgt.)